



Z

50 JAHRE ZAKU



ZUM GELEIT



Wie es der Zufall so will, teilen die Zentrale Organisation für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri und ich das gleiche Geburtsjahr. Wir beide erblickten 1966, vor fünfzig Jahren, das Licht der Welt. Es war eine andere Welt als heute. Politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich unterschied sie sich zum Teil massiv von der heutigen. Besonders augenscheinlich sind die Unterschiede beim Kehricht.

Als ich geboren wurde, verbrannten die Urnerinnen und Urner den Müll im Garten, oder sie entsorgten ihn wild in einem Tobel. Aus den Augen, aus dem Sinn. Alles ganz normal. Heute, ein gutes halbes Menschenleben später, schaudert uns vor der damaligen Praxis. Warum? Weil wir Menschen uns gewandelt haben. Wir tragen Sorge zu einer intakten Umwelt, setzen auf Nachhaltigkeit, fördern erneuerbare Energien und schliessen die Stoffkreisläufe. Wir betrachten unseren Müll nicht mehr als Müll, sondern als Wertstoff. Darum unterscheidet sich die früher praktizierte Abfallentsorgung fundamental von der heute herrschenden Abfallbewirtschaftung.

Einen grossen Beitrag für diesen Veränderungsprozess leistete in unserem schönen Land am Gotthard der Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri, aus dem im Lauf der Jahre die heutige ZAKU entstanden ist. Aus Einsicht in die gesellschaftliche Notwendigkeit ihrer Aufgabe setzten viele bedeutende Persönlichkeiten einen beträchtlichen Teil der eigenen Schaffenskraft in den Betrieb und die Entwicklung unserer Organisation. Ihnen und ihrem immensen Idealismus widmen wir unsere Festschrift zum 50-Jahr-Jubiläum. Gleichzeitig danken wir allen unseren Partnern, vorab den Gemeinden und dem Kanton, die mit uns den Weg durch ein halbes Jahrhundert gegangen sind.

Was das nächste bringt, werden wir sehen. Der Betrieb unseres Unternehmens ist dank langfristigen Verträgen auf weite Sicht gesichert. An neuen Herausforderungen wird es der ZAKU aber bestimmt nicht mangeln. Wird sie das Monopol auf die Entsorgung der Urner Siedlungsabfälle behalten? Wird sie auch künftig einen kostengünstigen Service public für ganz Uri bieten können? Wie entwickelt sich die Verbrennungstechnologie? Und welche Folgen hat das für die Schlackenaufbereitung und den Deponiebetrieb in der Erlen? Antworten auf diese und andere Fragen wird die ZAKU suchen und finden müssen. Langeweile haben wir also auch in Zukunft keine. Nichts ist für die ZAKU so aufregend wie das, was andere Leute wegwerfen. Nichts ist für uns so spannend wie der Kehricht.

Beat Walker

Verwaltungsratspräsident der ZAKU AG

INHALT

Zum Geleit	3
Einleitung	5
Tanz über dem Abgrund	7
Drei Equipen räumen ab	13
Erst deponieren, dann verbrennen	21
Eine Frage des Überlebens	31
Neue Losung für die Zukunft	39
Mehr bewirtschaften statt beseitigen	47
ZAKU heute und morgen	53
Ehemalige und aktuelle Funktionsträger	62
Meilensteine der Verbandsgeschichte	64
Tabula gratulatoria	66

Statistiken

Menge des Siedlungsabfalls sowie Kilometerleistung für Sammlung und Abfuhr (S. 17)

Kosten für die Entsorgung des Kehrichts (S. 27/59)

Kosten für die Verbrennung des Kehrichts (S. 33/49)

Menge und Zusammensetzung der Siedlungsabfälle (S. 43)

EINLEITUNG

Seit es den Menschen gibt, produziert er Müll. Sofern es sich dabei bloss um eine Bananenschale handelt, ist die Entsorgung einfach: Wegwerfen und verrotten lassen. Doch mit steigendem Fortschritt und wachsendem Wohlstand wird die Sache schwierig. Plötzlich ist der Müll giftig, er verrottet nicht mehr, und vor allem wächst seine Menge schier ins Grenzenlose. Umso brennender stellt sich nun die Frage: Wohin damit?

Mit der Suche nach der richtigen Antwort beauftragten die Urner Gemeinden vor fünfzig Jahren den Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri. Und natürlich sollte die umzusetzende Antwort sauber, günstig und innerhalb von Uri sein. Was innerhalb von Uri liegt, lässt sich an den Kantonsgrenzen klar festmachen. Aber was heisst sauber und günstig? Die Bedeutung dieser beiden Kriterien sollte sich im Lauf der Zeit wandeln, und zwar in Abhängigkeit des erreichten Wohlstandsniveaus, des herrschenden Umweltbewusstseins und der geltenden Gesetze. Ein dynamisches Umfeld!

In diesem dynamischen Umfeld konnte der Zweckverband gar nicht anders, als sich von Übergangslösung zu Übergangslösung zu hangeln. Am Anfang wollte er den Kehricht verbrennen, musste aber eine Deponie errichten und betreiben. Später wollte er eine Deponie errichten und betreiben, musste den Kehricht aber verbrennen. Am Ende wollte er beides: verbrennen und deponieren. Und beides glückte. Wie genau es dazu kam, erzählen die nachfolgenden Seiten in sieben Kapiteln. Das erste Kapitel handelt

von der Gründung und der Arbeitsaufnahme des Zweckverbands, das zweite vom Sammeln und Transportieren. Thema des dritten Kapitels ist die grosse Urner Kehrichtkrise vom Frühling 1977. Wie sich diese Krise auf lange Sicht lösen liess, zeigen das vierte und das fünfte Kapitel. Danach führen die beiden Schlusskapitel die Geschichte in die Gegenwart.

Nicht nur spannend ist diese Geschichte, sondern auch hervorragend dokumentiert. Protokolle von Versammlungen, Sitzungen und Aussprachen, Vertragsentwürfe und geschlossene Verträge, Briefe und Berichte: All das ist nahezu lückenlos auf uns gekommen. In ihrer Gesamtheit vermitteln uns diese Dokumente ein detailreiches Bild – nicht nur von der Geschichte des Verbands an sich, sondern vor allem auch von der immensen Arbeit, die von den Führungspersönlichkeiten, den Mitarbeitenden und allen weiteren Beteiligten in den vergangenen fünfzig Jahren geleistet wurde. Diese Arbeit im Dienst des Gemeinwezens reichte oft genug an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit – und manchmal darüber hinaus. Die Beharrlichkeit und die Weitsicht, mit der diese Arbeit dennoch geleistet wurde, auch öffentlichen Anfeindungen zum Trotz, verdient Bewunderung.



TANZ ÜBER DEM ABGRUND

Der gesellschaftliche und technologische Wandel der Nachkriegszeit eilt der herkömmlichen Kehrichtentsorgung davon. Auf den vielen wilden Deponien in Uri herrschen bald unhaltbare Zustände. Anfang der 1960er-Jahre erkennen die Gemeinden, dass sie ihr Kehrichtproblem nur gemeinsam lösen können. Nachdem eine Studienkommission alles vorbereitet hat, schlägt im Juni 1966 die Geburtsstunde des Zweckverbands für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri.

Es war höchste Zeit. Die Gemeinden hatten gesäumt. «Mit einiger Verspätung», wie das Protokoll ausdrücklich vermerkt, begrüsst Anton Zberg aus Schattdorf am Nachmittag des 10. Juni 1966 die Herren Delegierten der Gemeinden zur Gründungsversammlung und ersten Vorstandssitzung des Zweckverbands für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri. In Form dieses Verbands wollen die Gemeinden den Siedlungsabfall künftig gemeinsam sammeln und entsorgen. Alles möglichst sauber, billig und innerhalb von Uri. Zu den Gründervätern, die im Landratssaal in Altdorf zusammentraten, zählen nebst dem Vorsitzenden: Leo Arnold für Altdorf, Theo Dittli für Andermatt, Ambros Zraggen für Attinghausen, Oswald Ziegler für Bauen und Realp, Werner Arnold für Bürglen, Johann Süess für Erstfeld, Franzsepp Arnold für Flüelen, Josef Huber für Göschenen, Willy Walker für Gurtellen, Max Melotti für Hospental, Johann Bissig für Isenthal, Josef Arnold für Seedorf, Peter Tresch für Silenen, Johann Zwysig für Sisikon, Josef Bissig für Spiringen, Kaspar Arnold für Unterschächen und Kaspar Baumann für Wassen. Einzig Seelisberg fehlt. Die nördlichst gelegene Urner Gemeinde hatte schon früh wissen lassen, sie wolle dem Verband erst beitreten, wenn die Verbindung

mit einer linksufrigen Strasse am Vierwaldstättersee hergestellt sei. Während Seelisberg also fehlt, ist der Regierungsrat an der Gründungsversammlung vertreten: mit Sanitätsdirektor Willy Gamma. Ihm zur Seite sitzt Ingenieur Giacomo Baldissera vom kantonalen Bauamt, das damals auch als Fachstelle für Gewässerschutz diente.

Anton Zberg selber hat ein Heimspiel. Zum einen ist er als amtierender Landrat von Schattdorf sozusagen Herr im Haus. Zum anderen hat er die vorbereitende Studienkommission geleitet. Die Gründungsversammlung ist denn auch ein kurzer Akt. Zuerst stimmen alle Delegierten dem Organisationsstatut zu, und zwar ohne Änderungsantrag. Der Verbandszweck ist fortan «die gemeinsame Erfüllung der Gemeindeaufgaben auf dem Gebiet der Kehricht- und Altölbeseitigung». Der Verband ist verpflichtet, den Gemeinden den Kehricht, die Industrieabfälle, den Schlamm und das Altöl abzunehmen. Erreichen will der Verband seinen Zweck «durch das Bereitstellen und den Unterhalt von Deponieplätzen und Altölsammelstellen», durch «den Bau und Betrieb einer Kehrichtbeseitigungsanlage» sowie durch «das Einsammeln und den Transport des Kehrichts». Verbandsorgane sind der Vorstand, die Betriebs-

Gründung,
Wahlen, Geld
und Dank

kommission und die Rechnungsprüfungskommission. Die Entscheidungskompetenz in allen wesentlichen Fragen liegt beim Vorstand. Jede Verbandsgemeinde bestimmt ein Vorstandsmitglied, und jedes Vorstandsmitglied hat so viele Stimmen wie die Zahl der Landratssitze der Gemeinde. Die Geschäftsführung liegt bei der Betriebskommission; sie besteht aus dem Verbandspräsidenten, dem Vizepräsidenten und drei weiteren Vorstandsmitgliedern. Nachdem also das Organisationsstatut genehmigt ist, erklären die Delegierten den Beitritt ihrer Gemeinde zum Verband. Genauso speditiv läuft die anschliessende erste Vorstandssitzung. Die Delegierten wählen Anton Zberg zum Präsidenten und Franzsepp Arnold zum Vizepräsidenten. Danach bestimmen sie die Mitglieder für die Betriebs- und für die Rechnungsprüfungskommission. Die

Sitzungs- und Taggelder werden festgelegt, die Betriebskommission erhält die Kompetenz, einen Sekretär und Rechnungsführer einzustellen, und die Rechnung der Studienkommission mit Ausgaben von 8'918.25 Franken wird genehmigt, «unter bester Verdankung an den Ersteller». Sanitätsdirektor Willy Gamma ist zufrieden und gratuliert.

So weit, so gut. Doch unter der glatten Oberfläche klafft ein tiefer Abgrund. Licht in diesen Abgrund fällt an der Gründungsversammlung nur kurz – im Traktandum Verschiedenes. Wegen der «prekären Umstände» ersucht Willy Walker den Vorstand, den «Sammelndienst möglichst noch dieses Jahr» zu organisieren. Und Ambros Zraggen macht «auf die zum Teil bedenklichen Zustände auf dem Kehrichtablagerungsplatz Feldergraben» in Attinghausen

Abgrund unter der schönen Oberfläche

Die Pfadi Altdorf sammelt Buntmetalle: frühes Beispiel einer Separatsammlung.



Vom Wandel überrollt

Blenden wir zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten der technische Fortschritt und das Wirtschaftswachstum neue Dimensionen. Der Wohlstand in der Schweiz stieg rasant. Zentralheizungen in den Häusern lösten die herkömmlichen Öfen ab. Die Haushalte erhielten fliessendes Wasser und Strom. Autos eroberten die Strassen. Neue Materialien und Produkte wurden entwickelt, in Massen hergestellt, verkauft und verbraucht. Als Folge davon wuchs die Kehrichtmenge. Bald war es nicht mehr

aufmerksam. Die kantonale Gewässerschutzstelle solle die Frage der dortigen Gewässerverschmutzung «unverzüglich» abklären. Fehlender Sammeldienst und unzureichende Kehrichtentsorgung: Das ist der Abgrund jener Zeit. Die Auswirkungen spürt der ganze Kanton. Noch Mitte der 1960er-Jahre haben viele Gemeinden keine geordneten Kehrichtdeponien. «Die Abfälle werden willkürlich längs den Bachläufen deponiert oder sogar direkt in die Fliessgewässer geworfen», muss der Regierungsrat feststellen (Protokoll vom 16. Januar 1967). «Verschiedene Gemeinden deponieren ihre Abfälle in schutzwürdigen Grundwassergebieten, andere haben grosse Schwierigkeiten mit ihren Kehrichtplätzen, da diese aufgefüllt und bald keine weiteren Ablagerungen mehr gestatten.» Selbst der Deponiebetrieb in der Schwändi, im Dreieck von Reuss und Palanggen, wo die Gemeinden Altdorf und Attinghausen ihren Kehricht lagern, entspricht laut Regierungsrat «nicht im geringsten» den Vorschriften des Gewässerschutzes. «Die Deponie ist allen zugänglich, nicht abgeschränkt und nicht eingezäunt, sodass durch den Wind Papierresten und Abfälle durch die ganze Gegend verweht werden. Die Wartung ist ungenügend, die Humisierung mangelhaft und dadurch sind auf weite Distanzen die unangenehmen Einwirkungen von Gestank, Rauch, Russ etc. unvermeidbar.» Wegen der «unhaltbaren Zustände» gehen beim kantonalen Bauamt denn auch wiederholt Klagen ein. Aber wie konnte es so weit kommen?



Altmetallsammelstelle in Attinghausen.

möglich, so wie früher alle Abfälle im Haus zu verbrennen oder im Garten zu vergraben. Der Müll landete vielmehr auf offenen Halden, und diese begannen zum Himmel zu stinken. Während die Gemeinden die Abfuhr des Kehrichts auf solche Müllhalden zum Teil noch geordnet organisierten, herrschte auf den Deponien selber pure Anarchie. Kurzum: Mit der Art und der Menge der Abfälle hatte die Kehrichtentsorgung in der Nachkriegszeit nicht mehr Schritt gehalten. Zwischen dem Abfallverhalten der modernen Gesellschaft einerseits und der damals praktizierten Kehrichtentsorgung in den Urner Gemeinden andererseits klaffte ein Abgrund. Ihn mit vereinten Kräften gemeinsam zu schliessen, dafür war es – wie sich auch an der Gründungsversammlung des Zweckverbands zeigte – höchste Zeit.

Eine Hauruck-Übung war die Verbandsgründung aber nicht. Im Gegenteil: Zweieinhalb Jahre vorher, am 17. Dezember 1963, hatte sich die vorbereitende Studienkommission unter der Leitung von Anton Zberg konstituiert. Gleich darauf setzte sie einen rechtlich-organisatorischen und einen technischen Ausschuss ein. Der technische Ausschuss erhielt den Auftrag, die technischen Probleme mit dem Einsammeln und der Beseitigung vom Kehricht sämtlicher Urner Gemeinden zu studieren. Parallel dazu sollte der

Suche nach Lösungen

Auf einem Umweg zum Ideal

rechtlich-organisatorische Ausschuss die Statuten für den neuen Verband erarbeiten. Als Rechtsgrundlage diente die Kantonsverfassung; sie erlaubte Zweckverbände, um gemeindliche Aufgaben gemeinsam zu erfüllen.

Der technische Ausschuss legte seinen Bericht bis Mitte Februar 1965 vor. Für 30'000 Einwohner errechnete er eine jährliche Menge von 5'500 Tonnen Kehrriecht und 2'200 Tonnen Klärschlamm. Um diese Tonnagen zu entsorgen, empfahl der Ausschuss den Bau einer eigenen Verbrennungsanlage. «Die Verbrennung des Kehrriechts löst das Problem am radikalsten. Sie entspricht den hygienischen Anforderungen in allen Belangen», heisst es im Bericht. Auch Tierkadaver und Metzgereiabfälle liessen sich problemlos verbrennen. Zudem war die Parzelle für die Anlage bereits reserviert: bei der Kläranlage Altendorf. Die zentrale Verbrennung erforderte natürlich einen gut organisierten Sammeldienst; dafür wurden Offerten eingeholt. Am Ende konnte der technische Ausschuss die fertige Lösung samt Kostenfolge präsentieren. Der Betrieb einer Verbrennungsanlage – mit Verzinsung und Amortisation der Anlagekosten in Höhe von 2,5 Millionen Franken – würde jährlich 329'000 Franken kosten. Bei 30'000 Einwohnern und jährlich 7'700 Tonnen Abfall machte das 43 Franken pro Tonne oder 11 Franken pro Einwohner. Hinzu kamen jährlich 7 Franken je Einwohner für Sammeldienst und Transport. Unter dem Strich massiv teurer als jede wilde Deponie, aber noch waren ja keine Subventionen eingerechnet. Einziges Problem: Verbrennungsanlagen baute man damals erst ab einem Einzugsgebiet von 100'000 Einwohnern. Und bis Uri seine eigene Anlage hätte, verginge viel Zeit. Als «Sofort- und Übergangsmassnahme» empfahl der technische Ausschuss daher die Errichtung und den Betrieb von geordneten Deponien. Dort sollte der Kehrriecht nicht mehr wild durcheinander, sondern streng kontrolliert eingebracht werden: schichtweise und unter möglichst

rascher Abdeckung mit inerten Stoffen wie Bauschutt oder Humus.

Mit der Suche nach möglichen Deponiestandorten beauftragte die Studienkommission das kantonale Bauamt. Ende April 1965 legte der zuständige Ingenieur Giacomo Baldissera das Projekt für eine zentrale Kehrriechtdeponie vor. Fündig geworden war er in der Schwändi bei Attinghausen. Ein 80 Meter breiter und 600 Meter langer Streifen böte ein Volumen von über 100'000 Kubikmetern. Das sollte reichen für zehn bis zwanzig Jahre. Zudem bestand die Möglichkeit einer späteren Erweiterung. Die massgebende Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) stimmte dem gewählten Standort zu – allerdings unter der Bedingung, dass nördlich der Deponie gegen den See hin kein Grundwasserbezug erfolge. Damit war die Studienkommission einverstanden. An ihrer Sitzung vom 24. Mai 1965 gab sie grünes Licht zur Planauflage für die geordnete Deponie Schwändi. An der gleichen Sitzung wurden die Verbandsstatuten, die der rechtlich-organisatorische Ausschuss entworfen hatte, bereinigt und genehmigt. In der Folge beschlossen die Gemeindeversammlungen der neunzehn beteiligten Gemeinden, dem neuen Zweckverband beizutreten. Damit war der Weg frei für die Gründungsversammlung vom 10. Juni 1966.

Gleich nach ihrer Wahl nahm die Betriebskommission des neu gegründeten Verbands die Arbeit auf. Die Kommission wollte zuerst den Sammeldienst organisieren und die geordnete Deponie Schwändi errichten. Erst danach sollte das Projekt einer eigenen Verbrennungsanlage im Detail studiert werden. Mit dem Sammeldienst wollte die Betriebskommission einen externen Leistungserbringer beauftragen; die entsprechende Vergabe war bis Mitte Juni 1967 abschlussbereit. Den

Im Dreieck von Reuss und Palanggen

Der Abgrund schliesst sich

Deponiebetrieb dagegen wollte die Betriebskommission in eigener Regie führen. Der Regierungsrat hatte beschlossen, dem Verband den Platz in der Schwändi – mit Ausnahme des Pachtausfalls und unter Auflagen zu Erschliessung und Betrieb – kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ausserdem gewährte die Regierung eine Subvention von 35 Prozent für das Herrichten der Deponie und den Bau der Zufahrtsstrasse. Der Verband schlug ein. Am 22. Juni 1967 beschloss der Vorstand einstimmig, den Platz zu übernehmen. Ebenso einstimmig beschloss er das Bauprogramm im Umfang von 325'000 Franken. 175'000 Franken entfielen auf die Herrichtung der Deponie, 150'000 Franken auf den Bau der Zufahrtsstrasse. Die Betriebskommission erhielt die Kompetenz, einen Deponiewart einzustellen und den Auftrag für den Sammeldienst im Umfang von jährlich 240'000 Franken zu vergeben. Als Sekretär und Rechnungsführer wählte der Vorstand den Gemeindeschreiber von Isenthal, Michael Walker. Er hatte dieses Amt seit dem 5. Juli 1966 im Provisorium ausgeübt

Damit war alles bereit. Am 1. Juli 1967 konnte der Verband den Sammeldienst und die geordnete Deponie für die ersten zehn Gemeinden aufnehmen. Die übrigen neun folgten am 1. Januar 1968. Drei Monate zuvor, am 1. Oktober 1967, hatte Anton Stadler aus Attinghausen die Stelle als Deponiewart in der Schwändi angetreten. Am 14. Dezember 1967 schliesslich genehmigte der Vorstand noch das Reglement für die einheitliche Bewertung von angeschlossenen Haushaltungen sowie Industrie-, Gewerbe-, Militär- und Landwirtschaftsbetrieben sowie das Reglement zur Verteilung der Kosten auf die Gemeinden. Die Kosten der Kehrriichtbeseitigung verteilten sich fortan nach den angeschlossenen Haushaltungen und Betrieben, eingeschätzt nach Haushalteinheiten. Über die Verteilung der Verwaltungs- und Deponiekosten entschied allein die Zahl der Haushalte-

heiten in einer Gemeinde. Massgebend für die Verteilung der Sammel- und Transportkosten war nebst den Haushalteinheiten noch die Zahl der Abfuhrten. Jede Gemeinde konnte wählen zwischen einmaliger und zweimaliger Abfuhr pro Woche, wobei sich die Zahl der Abfuhrten nach Sommer- und Winterhalbjahr differenzieren liess. Wie eine Gemeinde die Gebühren weiterverrechnete, blieb ihr überlassen. Selbstredend war das neue Regime teurer als das frühere wilde Deponieren. Im Gegenzug stand es in allen Teilen im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben. Alle Fragen waren noch nicht beantwortet, etwa jene nach der Entsorgung von Kadavern und Metzgereiabfällen. Trotzdem war das Kehrriichtproblem – nach Massgabe der Zeit – sauber, kostengünstig und innerhalb des Kantons gelöst. In kurzer Zeit war es dem neuen Zweckverband gelungen, den Abgrund zwischen dem Abfallverhalten der modernen Gesellschaft und der unzulänglichen Entsorgungspraxis zu schliessen. Er sollte sich bald wieder öffnen.

In der Schwändi bei Attinghausen richtete der Zweckverband eine zentrale Urner Kehrriichtdeponie ein.





DREI EQUIPEN RÄUMEN AB

Kehricht einsammeln und abtransportieren: Diese Aufgabe überträgt der Verband von Beginn an dem Transporteur Josef Bissig aus Altdorf. In den ersten Jahren kommt der gesamte Urner Kehricht auf die Deponie Schwändi in Attinghausen; später führen die Transporte zu Verbrennungsanlagen ausserhalb des Kantons. Mit der steigenden Kehrichtmenge steigt auch der Bedarf an Fahrzeugen und Personal. Bald stehen für Sammlung und Transport permanent drei Equipen im Einsatz.

Das Nachsehen hatten die Pferde. Ihre Zeit als treue Zugtiere der Güsselfuhren in den Gemeinden war abgelaufen. Anfang Oktober 1965 sammelte die Pferde-Güsselfuhr der Brüder Hans und Josef Arnold zum letzten Mal den Kehricht von Altdorf ein. Künftig entsorgte die Gemeinde ihren Müll drüben in Attinghausen. Der weite Weg zur Deponie Schwändi und die gestiegene Menge verlangten ein höheres Tempo bei der Abfuhr. Die Pferde konnten da nicht mehr mithalten. Moderne Motorfahrzeuge mussten her. So beauftragte die Gemeinde Altdorf mit dem Einsammeln des Kehrichts neu den Transporteur Josef Bissig. Er nahm den Dienst am 11. Oktober 1965 auf.

Eine wegweisende Vergabe

Mit dem Engagement von Josef Bissig hatte Altdorf sozusagen vorgespart. Als die Betriebskommission des neu gegründeten Zweckverbands für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri knapp zwei Jahre später den Sammeldienst für das ganze Verbandsgebiet an einen externen Leistungserbringer vergeben wollte, stand Josef Bissig bereit. Er ging als Sieger aus der Vergabe hervor.

Am 26. Juni 1967 beschloss die Betriebskommission, den Sammeldienst an die Firma Josef Bissig Transporte zu vergeben. «Damit ist für heute ein Geschäft von grosser Bedeutung erledigt worden», heisst es im Sitzungsprotokoll. Und von grosser Tragweite, darf man ergänzen. Der Vertrag wurde vorerst auf zehn Jahre geschlossen, doch die Zusammenarbeit zwischen dem Zweckverband und dem Transportunternehmen Bissig sollte bis zum Ende des Jahrtausends halten. Allerdings

In Altdorf gehörte die Pferde-Güsselfuhr noch bis zur Mitte der 1960er-Jahre zum Dorfbild.



Alpträume mit der Zürcher Polizei

«Von der Güselfuhr träume ich heute noch», sagt Josef Bissig. Kein Wunder: Der frühere Altdorfer Transportunternehmer besorgte im Auftrag des Zweckverbands ein halbes Arbeitsleben lang den Sammel- und Transportdienst. Im Jubiläumsjahr der ZAKU – 2016 – lebt Josef Bissig in seinem Alterswohnsitz Engelberg. «An meiner Arbeit hatte ich immer Freude», sagt der 87-Jährige. «Den Sammeldienst für den Verband zu organisieren, war nicht so schwer», meint Josef Bissig. Bevor er die Arbeit für den Verband übernahm, hatte er bereits für die Gemeinde Altdorf die Abfuhr gemacht.

In den ersten zehn Jahren gingen alle Fuhren zur Kehrichtdeponie Schwändi bei Attinghausen. Doch dann, gegen Ende April 1977, war die Deponie voll – und kein Ersatz in Sicht. «Es war an einem Mittwoch», erzählt Josef Bissig. Verbandspräsident Anton Zberg habe angerufen und gesagt: «Josef, ab Montag musst Du keine Güselfuhr mehr machen. Die Gemeinden müssen jetzt selber schauen, wie sie den Abfall entsorgen.» Josef Bissig aber hatte Fahrzeuge und Personal unter Vertrag. «Einfach so aufhören konnte ich nicht.» Darum habe er dem Präsidenten gesagt: «Lass mir einen Tag Zeit.»

Nach einer schlaflosen Nacht rief Josef Bissig der Reihe nach die nächstgelegenen Kehrichtverbrennungsanlagen an. Die Liste der Telefonnummern hatte er vom Vertreter der Firma Ochsner erhalten. Fündig wurde Josef Bissig am Ende in Hinwil. «Der Chef der Kehrichtverwertung Zürcher Oberland, ein Offizier, sagte mir am Telefon, er kenne den Kanton Uri vom Militärdienst her sehr gut und werde den Urner Abfall zur Verbrennung übernehmen.» Gleich nach dem Gespräch fuhr Josef Bissig mit seinem Privatauto los, um die Strecke nach Hinwil zu erkunden: «Axen, Sattel, Seedamm, 6,5 Kilometer.» Am Abend rief er Anton Zberg an. «Ich habe eine Lösung gefunden», sagte er ihm. «Ab Montag fahre ich mit dem Abfall nach Hinwil.» Darauf habe An-

ton Zberg gesagt: «Spinnst Du?» «Nein, ich spinne nicht», antwortete Josef Bissig. «Wir müssen nur noch die Details regeln.» Einen Moment lang habe er, Josef Bissig, noch den Gedanken gehegt, den Sammel- und Transportdienst künftig im direkten Auftrag der Gemeinden auszuführen – also ohne Zweckverband. «Doch diesen Gedanken verwarf ich wieder», erzählt Josef Bissig. «Am Montag drauf fuhren wir nach Hinwil, 26 Wagen pro Woche. Wir kriegten es hin.»

Dann kam der 1. Mai 1978. Feiertag im Kanton Zürich, aber nicht in Uri. Josef Bissig vereinbarte mit dem Platzchef von Hinwil, dass er nachmittags um 15.00 Uhr mit drei Kehrichtwagen eintreffen werde. Den einen Wagen steuerte Josef Bissig selber. Um 14.30 Uhr, eine halbe Stunde zu früh, traf die Kehrichtkolonne aus Uri in Hinwil ein. Während Josef Bissig und seine Chauffeure vor dem Tor zur Verbrennungsanlage warteten, kreuzte ein Streifenwagen der Polizei auf. Die beiden Polizisten seien ausgestiegen, erzählt Josef Bissig, und der eine habe gesagt: Der Mist, den ihr da bringt, wird heute nicht geleert. «Das ist nicht Mist, sondern Kehricht, und der wird heute hier geleert», entgegnete Josef Bissig. «Vielleicht sagte ich noch ein wenig mehr und ein wenig zu viel», räumt er rückblickend ein. Jedenfalls folgte ein Wortgefecht, und kurz darauf traf ein zweiter Streifenwagen ein. Damit waren bereits vier Polizisten vor Ort. «Schämt euch», sagte Josef Bissig. Und: «Ihr könnt ja vor meinen Güselwagen stehen. Dann schauen wir, wer stärker ist.» Bevor die Situation vollends eskalierte, erschienen der Torwart und der Chef der Verbrennungsanlage. Zwar konnte der Chef die Sache regeln; doch danach wurden Josef Bissigs Fuhren ständig von der Polizei kontrolliert.

Die Kontrollen trugen auch Bussen ein – insgesamt über 10'000 Franken. «Das Gesamtgewicht des Wagens über-

schritt die zulässigen 16 Tonnen zwar nie, doch die Belastung der Hinterachse war jeweils zu hoch», erzählt Josef Bissig. «Dieses Problem hatten alle Kehrichtwagen in der Schweiz.» Für den Kanton Uri brauchte Josef Bissig keine Spezialbewilligung; für den Kanton Zürich kriegte er trotz allen Bemühungen keine. «Nirgends erhielt ich Hilfe.» Aufgrund dieser Lage wollten Josef Bissigs Chauffeure denn auch nicht mehr nach Hinwil fahren. So setzte sich der Chef weiterhin selber ans Steuer. «Einen Monat lang fuhr ich viermal pro Tag von Altdorf nach Hinwil und wieder zurück», erzählt er. «Morgens um 4.00 Uhr ging es los; zum Mittag hatte ich eine Wurst mit Brot.» Die Bussenflut stoppte erst, als Josef Bissig neue Kehrichtwagen mit Vorlaufachse anschaffte. Bald darauf wurden die gesetzlichen Gewichtslimiten erhöht, sodass alles wieder in beste Ordnung kam. «Geblichen ist der Horror vor der Polizei», sagt Josef Bissig. «Er verfolgt mich noch heute bis in meine Träume.»

Ein halbes Arbeitsleben lang stand Josef Bissig für den Zweckverband im Einsatz.



hatte die Vergabe ein übles Nachspiel. Ein unterlegener Mitbewerber beschwerte sich telefonisch beim Verbandspräsidenten Anton Zberg, und zwar jenseits von allem Anstand. «Präsident Zberg hat dann das Telefongespräch unterbrochen», überliefert das Protokoll der Betriebskommissionssitzung vom 7. Juli 1967. Ein anderer Mitbewerber reichte beim Regierungsrat Beschwerde ein. Der Regierungsrat trat nicht darauf ein.

bikmeter und eignete sich für Mülleimer, Normcontainer, Kehrichtsäcke und Sperrgut. In welchen Behältern der Kehricht an die Strasse zu stellen war, hatte der Verband frei gelassen. Er empfahl indes sogenannte Ochsnerkübel: feuerverzinkte Blecheimer der J. Ochsner AG aus Zürich. Herausragendes Konstruktionsmerkmal waren der Klappdeckel mit einer Lasche mit Loch und ein Bügel auf der Vorderseite. Haushalte und Betriebe durften aber auch Säcke und andere geeignete Gefässe verwenden. Natürlich führte der vom Verband gewährte Freiraum zu Missverständnissen. «Aus Erstfeld und Hospental sind Beschwerden eingegangen, dass das Personal vom Sammeldienst brauchbare Eimer und Gefässe aufgeladen hat», vermerkt das Sitzungsprotokoll der Betriebskommission vom 23. September 1969. «Offenbar gingen bei der Beurteilung des Zustandes der bereitgestellten Kehrichtgefässe die Ansichten zwischen Sammeldienst und Eigentümer stark auseinander.»

Solch kleine Probleme löste Transporteur Josef Bissig meist direkt mit den Betroffenen. Grösseres Kopfzerbrechen bereitete den Verantwortlichen im Verband die Abfallmenge. Erstens war sie von Beginn an grösser als erwartet; zweitens nahm sie schnell zu. Mehr Kehricht und mehr Haushalte riefen laufend nach Routenerweiterungen und höheren Sammelkapazitäten. Bereits am 15. November 1971 bewilligte die Betriebskommission die Anschaffung eines vierten Fahrzeugs. Zwar blieben weiterhin nur drei Equipen – insgesamt drei Chauffeure und sechs Belader – im Einsatz, aber die Kosten wuchsen ständig weiter. Der Verband studierte daher auch Massnahmen zur Rationalisierung. Am 17. Dezember 1971 beschloss der Vorstand, dass der Kehricht von Wohnhäusern ab sechs Wohnungen neu in Containern bereitzustellen sei. In diese Container durfte man auch Müllsäcke werfen. Ansonsten bevorzugte der Verband weiterhin das Kesselsystem. Um den Sammeldienst zu

Bis hinauf zu den Pässen

Am 1. Juli 1967 startete der Verband den Sammeldienst in den ersten zehn Gemeinden. Die übrigen neun folgten am 1. Januar 1968. Seelisberg – nicht Mitglied des Verbands – war an den Kehrichtsammeldienst von Nidwalden angeschlossen. Sammelzeiten und Entsorgungsrouten in Uri legte die Betriebskommission im Einvernehmen mit den Gemeinden und dem Transporteur fest. Im Sommer reichte der Sammeldienst bis auf die Alpenpässe und den Urnerboden; im Winterhalbjahr blieb er wegen Schnee und Eis eingeschränkt. Aufgabe des Transporteurs war, den Kehricht einzusammeln, diesen auf den Deponieplatz Schwändi in Attinghausen zu transportieren und dort abzuladen. Die Einstellung des erforderlichen Personals war Sache des Transporteurs. Gleiches galt für die Bereitstellung der Fahrzeuge, wobei sie im Einvernehmen mit dem Verband erfolgen musste. Im ersten vollen Jahr – 1968 – hatte der Sammel- und Transportauftrag von Josef Bissig ein finanzielles Volumen von knapp 240'000 Franken.

Freie Wahl bei Behältern

Für den Sammel- und Transportdienst hatte Josef Bissig den Einsatz von drei Wagen offeriert. Von Juli bis September 1967 stand der erste im Einsatz; gleich danach folgte der zweite. Und bald waren alle drei offerierten Fahrzeuge voll ausgelastet unterwegs – jedes mit einem Chauffeur und zwei Beladern. Die Fahrzeuge stammten von Magirus Deutz. Als Aufbau trugen sie ein Sammelsystem namens Swiss-Colectomatic. Es fasste 14,5 Ku-

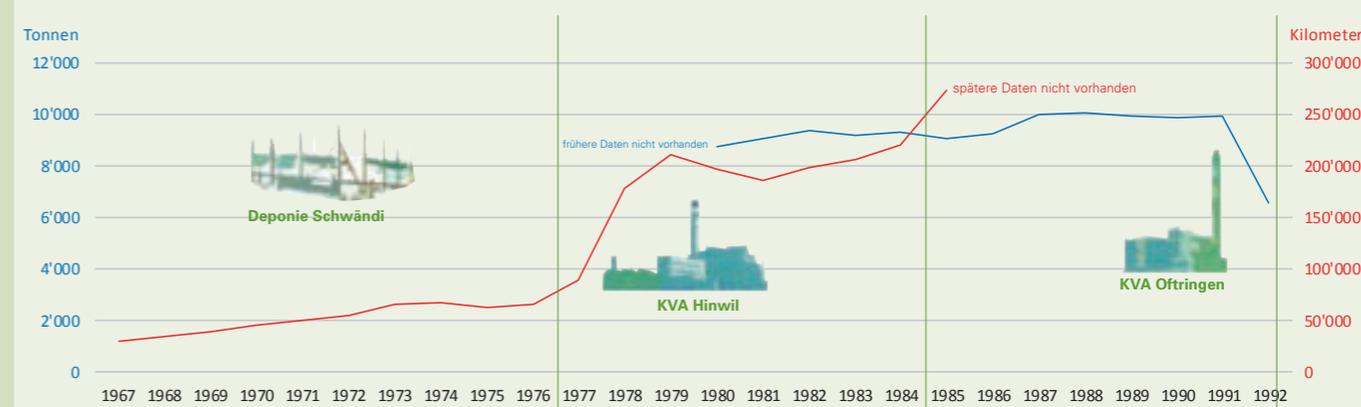
Rationalisierung tut not



Mit seinem Team sorgte Josef Bissig (links) für einen reibungslosen Sammel- und Abfuhrdienst.

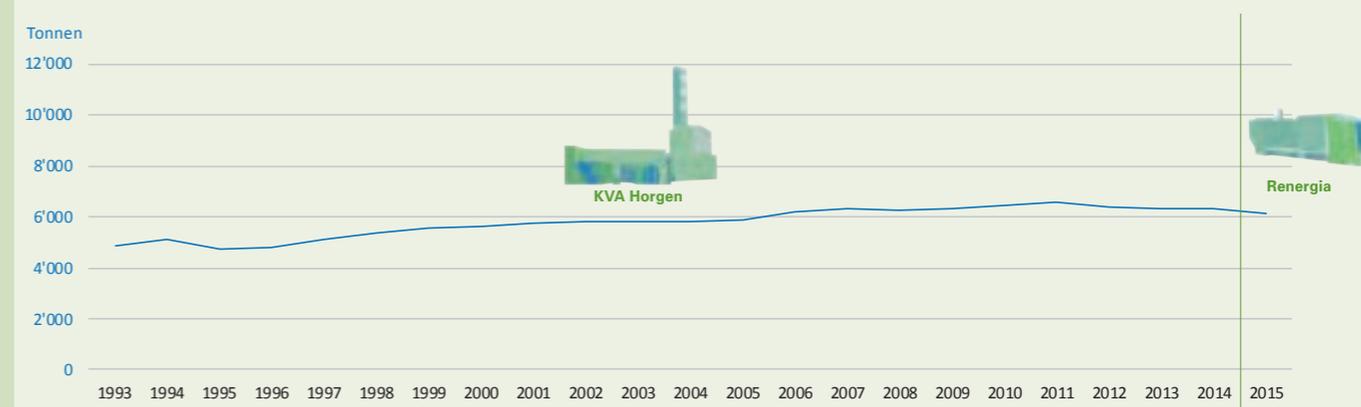
Quelle: Josef Bissig

Menge des Siedlungsabfalls sowie Kilometerleistung für Sammlung und Abfuhr, 1967 bis 1992



Quelle: ZAKU AG

Menge des Siedlungsabfalls, 1993 bis 2015



Quelle: ZAKU AG

entlasten, diskutierte die Betriebskommission übrigens bereits am 23. Oktober 1972 die Einführung einer verursachergerechten Kehrichtsackgebühr. «Die Anregung soll weiter geprüft werden», hält das Protokoll fest. Bis zur Einführung der Gebühr sollten indes noch zwanzig Jahre verstreichen.

Spezialfälle zuhauf

Nebst der Betriebskommission suchte auch der Transporteur nach Möglichkeiten, den Sammeldienst zu rationalisieren. So erneuerte er laufend den Fahrzeugpark. Eine besondere Herausforderung war der Sammeldienst in Gebieten, die mit dem Wagen nicht oder nur zeitweise erreichbar waren. Dazu zählten das Haldi, die Eggberge, das Brüsti, die Göscheneralp oder Gurtellen Dorf. Ein Spezialfall war der Urnerboden jenseits des Klausenpasses. Während der Sperrung des Passes im Winterhalbjahr pausierte die Abfuhr, und der Kehricht landete in einer Deponie auf Allmendboden. Im Jahr 1976 beschloss die Korporation Uri, dass sie diese Deponie nicht länger toleriere. Der Verband und die Gemeinde Spiringen mussten eine neue Lösung suchen. Sie fanden sie. Im Sommer holte Josef Bissig den Kehricht ab; im Winter führte die Firma Otto Walker Transporte, Urnerboden, den Kehricht zur Verbrennung nach Niederurnen.

Gut und zuverlässig

Ende 1977 konnten Verband und Josef Bissig die zehnjährige Zusammenarbeit feiern. Zwar hatten erweiterte Routen, gewachsene Abfallmengen und steigende Teuerung die Kosten für den Sammel- und Transportdienst seit 1967 nahezu verdreifacht; doch das Einsammeln und Wegführen des Kehrichts funktionierte meist gut und zuverlässig. Als der Vertrag zwischen Verband und Transporteur am 31. Dezember 1977 auslief, hatte keine Seite gekündigt. So verlängerte sich die Zusammenarbeit in der bisherigen Form automatisch um zwei weitere Jahre. Noch immer konnten die Urner und Urnerinnen ihren Kehricht in Säcken, Containern, Abfalleimern und

Schachteln an die Strasse stellen. Getrennt gesammelt und abgeführt wurden nur Papier und Glas. Die Papiersammlung war Sache der einzelnen Gemeinden beziehungsweise von privaten Organisationen; mit dem Sammeln und Wegführen von Altglas hatte die Baldini AG aus Altdorf in eigener Regie begonnen – natürlich mit dem Segen des Verbands.

Eine weitreichende Veränderung für die Kehrichttransporte brachte der Frühling 1978. Damals musste der Verband die Deponie Schwändi in Attinghausen endgültig schliessen. Von da an ging der Urner Kehricht nach auswärts zur Verbrennung: bis Ende 1984 nach Hinwil, von 1985 bis Herbst 1992 nach Oftringen, später nach Horgen. Mit den bisher eingesetzten Sammelwagen liessen sich pro Fahrt knapp 6 Tonnen Müll transportieren. Viel zu wenig, um die Transporte über die längere Distanz wirtschaftlich betreiben zu können. Daher entschloss sich Josef Bissig, einen vierachsigen Transporter einzusetzen. Zusätzlich benötigte er weiteres Personal für die Fernfahrten. So standen für den Sammel- und Transportdienst im Jahr 1981 bereits zehn Personen dauernd im Einsatz: drei Chauffeure und sechs Belader für die drei Sammelequipen sowie ein Chauffeur für die Fahrten zur Verbrennungsanlage.

Auf Ende 1981 lief der bisherige Vertrag mit Transporteur Josef Bissig erneut ab. Mit Blick darauf schrieb der Verband den Sammeldienst und den Abtransport des Kehrichts neu aus. Das preisgünstigste Angebot unterbreitete – Josef Bissig. Er erhielt denn auch den Zuschlag. Den Rahmenvertrag hiess der Vorstand am 5. Dezember 1981 einstimmig gut. Er galt auf unbestimmte Zeit und richtete sich weitestgehend nach Arbeits- und Kilometeransätzen. Für den Sammeldienst in Uri hatte Josef Bissig von Montag bis Freitag dauernd drei Equipen – bestehend aus je einem Chauffeur und zwei

Urner Abfall geht auf Reisen

Der Alte ist der Neue

Ein Präsident auf Achse

Beladern – im Einsatz zu halten. Für den Ferntransport zur Verbrennungsanlage musste jeweils ein Chauffeur bereitstehen. Der Maschinenpark bestand damals aus sechs Fahrzeugen, alle von Magirus Deutz. Die Aufbauten hiessen Collectomatic und Mammut. Das stärkste Fahrzeug, ein Vierachser, fasste 23 Kubikmeter Müll.

Eine augenscheinliche Neuerung im Sammeldienst brachte der 1. Juli 1983. Von diesem Tag an leerte die Kehrichtabfuhr keine Ochsnerkübel mehr. Zudem wurden Sackgassen ohne genügende Wendemöglichkeit nicht mehr befahren. Somit verringerte sich die Zahl der Strassensammelstellen, und das Zeitalter der Kehrichtsäcke begann. Um alle Routen weiter zu optimieren, fuhr Verbandspräsident Rudolf Brügger im Spätsommer und Herbst 1985 höchstpersönlich im Kehrichtwagen mit, und zwar gemeinsam mit einer Vertretung aus der jeweils zu überprüfenden Gemeinde. Die Aktion mündete sehr erfolgreich in einem neuen Routenplan für jede Gemeinde. Ein kleiner Fauxpas ereignete sich allerdings im Urserental. Bei Hospental musste der Verband im Nachhinein eine Entschuldigung anbringen, wie das Protokoll der Betriebskommissionssitzung vom 27. September 1985 vermerkt, «da der Gemeindevertreter zum angegebenen Zeitpunkt anwesend war, jedoch der Kehrichtwagen infolge schlechten Wetters und wenig Kehricht bereits die Gemeinde passiert hatte.» Dem kleinen Fauxpas zum Trotz dankte der Vizepräsident dem Präsidenten «für seine aufopfernde Aufgabe».

Das Wachstum endet

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre erlebte der Sammel- und Transportdienst – abgesehen von weiteren Optimierungen bei den Routenplänen und der laufenden Erneuerung des Fahrzeugparks – keine grundsätzlichen Änderungen mehr. Die Kehrichtmenge wuchs nicht mehr allzu stark, womit die Zahl der im Einsatz stehenden Chauffeure und Belader konstant

bleiben konnte. Hingegen sah sich Josef Bissig im Jahr 1989 gezwungen, ein siebtes Fahrzeug anzuschaffen; wegen der Ausdehnung des Siedlungsgebiets waren die Routen wieder länger geworden. Wäre alles weiter gegangen wie bisher, so hätte Josef Bissig in einigen Jahren wohl ein achttes Fahrzeug zulegen und wieder mehr Personal zum Einsatz bringen müssen. Aber es ging nicht weiter wie bisher. Das Jahr 1992 brachte einen weitreichenden Umbruch im Urner Kehrichtwesen. Doch davon später mehr.

Kehrichtwagen in Andermatt:

Im Sommer reichte der Sammeldienst bis hinauf zu den Alpenpässen.





ERST DEPONIEREN, DANN VERBRENNEN

Wohin mit dem Urner Kehricht? Deponieren oder verbrennen? In Uri oder ausserhalb? Die Suche nach Antworten auf diese Fragen hält den Zweckverband in den ersten beiden Jahrzehnten seit seiner Gründung auf Trab. Im Bann des Kehrichts steht zeitweise der ganze Kanton. Er muss am Ende erkennen: Eine gleichermassen saubere wie billige wie innerkantonale Entsorgung des Kehrichts war in jener Zeit auf Dauer nicht zu haben.

Im Frühling 1977 erschüttert ein mittleres politisches Beben den Kanton Uri. Es trägt den Namen Kehrichtkrise. Der Zweckverband sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, er stecke den Kopf in den Sand. Die Gemeindebehörden werden in Leserbriefen verdächtigt, ihre Verantwortung vernachlässigt zu haben. Und in der Aprilsession des Landrats – vor dem Regierungsrat – rügt CVP-Mann Ernst Aschwanden aus Bürglen mit über vierzig Mitunterzeichnern in einer dringlichen Interpellation die «St.-Florians-Politik» beim Urner Müll. Angesichts dieser Lage muss der Zweckverband auf Ende Mai eine ausserordentliche Vorstandssitzung einberufen. Was war geschehen?

Nur eine Übergangslösung

Der Auslöser für das politische Beben namens Kehrichtkrise lag rechts vom Palanggenbach. Das Gebiet Schwändi in Attinghausen war die früheste Antwort des Verbands auf die Frage, wie sich der Urner Kehricht möglichst billig, sauber und innerhalb der Kantons Grenzen entsorgen liess. 1967 hatte der Verband die Deponie Schwändi in Betrieb genommen, um den Urner Müll zu lagern. Freilich nur als Übergangslösung, bis zum Betrieb einer zentralen Urner Kehrichtverbrennungsanlage. Die Planung einer solchen Anlage trieb der Verband denn

auch zügig voran. Drei Standorte wurden geprüft: bei der Kläranlage Altdorf, bei der Deponie Schwändi und bei der Dätwyler AG in Schattdorf. Am Ende fiel die Wahl auf Schattdorf. Die anfallende Wärme sollte an die Dätwyler AG und die Munitionsfabrik Altdorf verkauft werden. Die Schattdorfer Gemeindeversammlung stimmte dem gewählten Standort am 9. Dezember 1974 zu. Das damalige Projekt rechnete mit Kosten von rund 20 Millionen Franken. Der Zweckverband hoffte noch auf Lieferungen aus der Region Innerschwyz, zumal die Deponie Bernerhöhe bei Goldau nur noch wenige Jahre zur Verfügung stand. Doch die Schwyzer Gemeinden wollten ihren Müll dann doch nicht in Uri verbrennen lassen. Daher fasste der Zweckverband den Bau einer kleineren Anlage ins Auge. Am 11. Dezember 1976 bewilligte der Vorstand einen Planungskredit von 80'000 Franken. Er wollte Klarheit über die Kosten für eine eigene Verbrennungsanlage einerseits und – als Alternative – für eine Verladestation zum Abtransport des Kehrichts andererseits.

Um den Urner Müll in eine ausserkantonale Verbrennungsanlage zu bringen, wären zu jener Zeit täglich zwei Eisenbahnwagen mit je zwei Stopfcontainern nötig

Keine Ersatz,
nirgends



Im April 1977 war die Deponie Schwändi voll. Die grosse Urner Kehrichtkrise begann.

gewesen. Aber statt ausserkantonale oder innerkantonale verbrannt zu werden, landete der gesamte Müll weiterhin auf der Deponie Schwändi. Sie füllte sich zusehends, und zwar schneller als ursprünglich erwartet. Gegen erste Widerstände aus der Bevölkerung war es dem Verband in den Jahren 1973 und 1974 noch gelungen, die Deponie um eine zweite Etappe zu erweitern; damit verbunden musste der Feldergraben mittels einer 600 Meter langen Leitung in die Reuss entwässert werden. Zur gleichen Zeit begann aber bereits die Suche nach weiterem Deponieraum. An erster Stelle stand eine dritte Etappe beim Palanggenbach. In Erwägung gezogen wurden zudem die Steinbrüche von Attinghausen, das Isenthaler Tobel, der Brückenstalden bei Bürglen und der Rittacher in Seedorf. Alles vergebens. Mal wären Errichtung und Betrieb einer Deponie zu teuer gewesen, mal stand der Gewässerschutz entgegen, mal stiess ein Vorhaben auf heftigen Widerstand der Bevölkerung. So lehnte die Gemeindeversammlung von Seedorf am 9. Dezember 1977 eine Deponie im Rittacher ab, und gegen eine dritte Etappe beim Palanggenbach lief die Bevölkerung buchstäblich Sturm. Knapp hundert Bürger empörten sich in einer Einsprache – mit Erstunterzeichner Oswald Wyrsh – über die drohende Entwertung ihrer Liegenschaften durch Gestank und Rauch, über

die unzulässige Gefährdung der Gesundheit und die Verschmutzung der Gewässer. Auch der Gemeinderat Attinghausen und der Urner Bauernverband lehnten das Vorhaben ab. Ausserdem wurde die für die Erweiterung erforderliche Rodung von Wald aus wasserbaulichen und forstpolizeilichen Gründen abgelehnt, sowohl vom Eidgenössischen Oberforstinspektorat als auch von der Urner Regierung. «Überall, wo man Güsel deponieren will, kommen die Einsprachen», meinte damals Giacomo Baldissera, Leiter des kantonalen Gewässerschutzamtes, gegenüber der Tageszeitung «Luzerner Neuste Nachrichten» (Ausgabe vom 5. März 1977); niemand schätze einen Güselhaufen vor seinem Haus.

Es kam, wie es kommen musste. Im April 1977 war die Deponie Schwändi voll. Eine Ersatzdeponie war in ganz Uri nicht vorhanden, und die Verbrennungsanlage in Schattdorf existierte noch nicht einmal auf dem Papier richtig. So blieb dem Verband vom 25. April an nichts anderes übrig, als den Kehricht über die Kantonsgrenzen hinaus nach Hinwil im Zürcher Oberland zu transportieren und dort verbrennen zu lassen. Für Hinwil eine willkommene Auslastung der freien Kapazitäten, für Uri eine teure Notlösung! Zu jener Zeit fallen aus den Verbandsgemeinden – alle ausser Seelisberg – wöchentlich 160 Tonnen Abfall an. Beliefen sich die Transport- und Ablagerungskosten im Fall der Deponie Schwändi bis anhin auf 70 bis 80 Franken pro Tonne, so schlugen Umlad, Transport und Verbrennung in Hinwil nun mit zusätzlichen 70 Franken pro Tonne zu Buch. Aufs Jahr gerechnet würden sich die Mehrkosten auf weit mehr als eine halbe Million Franken summieren. Ein finanzieller Schock! Die Schuldigen sind schnell zur Hand: im Zweckverband, der den Kopf in den Sand gesteckt habe; in den Gemeindebehörden, die ihre Verantwortung vernachlässigt hätten; im Regierungsrat, der die «St.-Florians-Politik» geduldet habe. Die Kehrichtkrise vom Frühling 1977 war perfekt.

Notlösung in Hinwil

Gute Ratschläge ohne Neuheitswert

Als der Vorstand des Zweckverbands Ende Mai 1977 zur ausserordentlichen Sitzung zusammentritt, bewilligt er zunächst die erforderlichen Mittel für die Notlösung Hinwil. Sodann versucht er, diese Notlösung so kurz wie möglich zu halten. Darum erhält die Betriebskommission die Kompetenz, die nötigen Schritte für neuen Deponieraum in Attinghausen und Bürglen in die Wege zu leiten. In Attinghausen hatte der Gemeinderat inzwischen signalisiert, er biete Hand für eine kurzfristige Übergangslösung bei der bisherigen Deponie. In Bürglen zeichne sich eine längerfristige Lösung im Brückenstalden ab, womit das Deponieren für weitere zehn bis zwölf Jahre gesichert wäre, erklärt Verbandspräsident Anton Zberg. Wenige Tage später, in der Landratssession vom 8. Juni 1977, beantwortet der Urner Gesundheitsdirektor Franz Achermann die dringliche Interpellation, die Ernst Aschwanden zwei Monate zuvor eingereicht hat. Die Beseitigung des Kehrichts sei eine Angelegenheit der Gemeinden, sagt Franz Achermann. Die Regierung habe als Aufsichtsorgan über den Zweckverband indes angeordnet, dass der Verband mittel- und langfristige Lösungen studieren müsse. Dazu zählen mittelfristig die Weiterführung der Deponie in Attinghausen oder die Errichtung einer Deponie im Brückenstalden bei Bürglen, langfristig der Bau einer eigenen Verbrennungsanlage in Schattdorf, der Transport des Kehrichts nach Zürich oder die Errichtung einer Deponie in den Steinbrüchen von Attinghausen. Die billigste Lösung wäre, die Deponie Schwändi weiterzuführen, meint der Gesundheitsdirektor. Alle diese Vorschläge sind nicht neu. Verband und Gemeinden hatten das Problem ja schon früh erkannt und auch frühzeitig zu lösen versucht, wenn auch ohne Erfolg. Zudem war der eine Vorschlag – der Transport des Kehrichts nach Zürich – inzwischen bereits verwirklicht, obgleich als Notlösung. Die damals erhobenen Vorwürfe eines behördlichen Versagens zielten also entschieden zu kurz. In der landrätlichen Diskussion vom 8. Juni 1977 forderte Josef Furger (CVP, Altdorf) zwar

noch den Rücktritt von Verbandspräsident Anton Zberg. Rudolf Brügger, SP-Landrat aus Erstfeld und selber Mitglied der Betriebskommission, wies jedoch alle Vorwürfe zurück. Er zeigte auf, welche Anstrengungen der Verband in den zurückliegenden Jahren unternommen hatte, um die Kehrichtfrage zu lösen. Und er erklärte dann, bereits Ende Sommer werde der Verband ein Projekt vorlegen, um die Krise zu meistern.

In der Tat konnte der Verband die Mülltransporte nach Hinwil bereits am 20. Juni 1977 wieder einstellen. Sechs Tage zuvor hatte er mit der Gemeinde Attinghausen eine letzte Verlängerung für die Deponie Schwändi aushandeln können: bis Ende März 1978. Die Lösung für die Zeit danach behandelte der Verband am 9. Dezember 1977. Der Vorstand beschloss, auf den Bau einer Verladestation zum langfristigen Abtransport des Kehrichts in eine ausserkantonale Verbrennungsanlage zu verzichten; das Projekt nördlich des Bahnhofs Altdorf hätte rund 3,2 Millionen Franken gekostet. Stattdessen sollte die Betriebskommission das Projekt einer eigenen Verbrennungsanlage in Schattdorf vorantreiben. Diese Anlage – Kostenpunkt nunmehr 14,5 Millionen Franken – würde indes frühestens in 32 Monaten betriebsbereit sein. Bis dahin sollte eine neuerliche Erweiterung der Deponie Schwändi den Urner Müll schlucken. Der Vorstand genehmigte das betreffende Projekt samt einem Kredit in Höhe von 100'000 Franken.

Die Baupläne für die Deponieerweiterung wurden am 12. Januar 1978 öffentlich aufgelegt. Wenige Tage später hagelte es Einsprachen, sowohl vom Gemeinderat Attinghausen als auch von Privatpersonen. Schliesslich setzte der Gemeinderat eine Aussprache zu diesem Thema auf die Traktandenliste der Gemeindeversammlung vom 28. Februar 1978. Mit 130 Anwesenden oder 20 Prozent der Stimmbürger wurde es die bestbesuchte Versammlung

Letzte Verlängerung für Schwändi

Attinghausen hat die Nase voll



Schweinereien in der Schwändi

Am 1. Juli 1967 eröffnet der Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri im Dreieck von Reuss und Palanggen die Deponie Schwändi. Zweifellos ein Erfolg für den neu gegründeten Verband, gleichzeitig aber der Beginn einer langen Leidensgeschichte. Mittendrin stand der erste Präsident des Verbands: Anton Zberg. Er trug die oberste Verantwortung für den geordneten Betrieb gemäss den Deponierichtlinien des Bundes und den Auflagen des Urner Regierungsrats. Eine Abnahmepflicht bestand für Kehricht, Industrieabfälle, Schlamm und Altöl. Für Altöl richtete der Verband auf der Schwändi eigens eine Sammelstelle ein. Nicht angenommen wurden Gifte, explosive Stoffe und Bauschutt. Anton Stadler, den der Verband am 1. Oktober 1967 als Deponiewart eingestellt hatte, nahm die Ladungen der Kehrichtwagen und – gegen Entgelt – auch private Anlieferungen an Ort und Stelle entgegen. Ausgerüstet mit einem Trax, brachte er den Kehricht schichtenweise ein und deckte ihn mit Humus schön zu.

Aber eben: Mit der Eröffnung der Schwändi begann auch eine lange Leidensgeschichte. Praktisch ab dem ersten Tag gingen laufend Beschwerden ein. Die Bevölkerung klagte über den Gestank. Ausserdem trugen Föhn und Bise immer wieder Abfall über den Zaun in benachbarte Liegenschaften – vor allem bei den Leerungen der Kehrichtfahrzeuge. Doch damit nicht genug. Ein grosses Problem für den Verband war das unerlaubte Deponieren von Gift und Bauschutt. Wenn nachts wieder einmal jemand seinen Abfall wild deponiert hatte, musste anderntags die Polizei ausrücken. Oder der Deponiewart musste selber ausrücken und ein Feuer löschen, weil jemand Sperrgut auf die Deponie gebracht und angezündet hatte.

Eine besonders schwere Last für die Schwändi waren Metzgereiabfälle und Kadaver. Gemäss Gesetz war – und

ist es noch heute – Sache jeder Gemeinde, einen Wasenplatz einzurichten, um dort Tierkörper zu vergraben. Doch die Gemeinden sahen sich ausserstande, und eine regionale Kadaververwertungsanlage existierte noch nicht. Daher bewilligte der Verband – auf den dringenden Wunsch der Gemeinden und im Sinn einer Übergangslösung – die vorübergehende Annahme. Auf Zusehen hin durften die Metzger ihren Abfall, verpackt in Plastiksäcke, an zwei Tagen pro Woche zur Schwändi bringen. Wer Kadaver abliefern wollte, musste vorher den Deponiewart verständigen. Kompletten verboten war, Metzgereiabfälle und Tierleichen dem Kehrichtwagen mitzugeben.

Diese Vorschriften wurden anfänglich mehr schlecht als recht eingehalten. In einer Aussprache mit den zuständigen Stellen des Kantons – am 23. Februar 1972 – klagte Verbandspräsident Anton Zberg denn auch über «chaotische Zustände». Manche Metzger würden ihren Abfall zu jeder Tages- und Nachtzeit liefern. Viel schlimmer stehe es bei der Kadaverbeseitigung, so Anton Zberg, «besonders aus Schweinemästereien. Was hier vorkommt, spottet jeder Beschreibung. Tote, ja sogar verweste Schweine werden zu jeder Nachtstunde durch Aufschlitzen des Hages auf die Deponie verbracht oder am Rand hingeworfen.» Man kann sich leicht vorstellen, was solche Zustände für den Deponiewart vor Ort bedeuteten. Immerhin soll es nach der Aussprache ein wenig gebessert haben.

Als die Deponie Schwändi gegen Ende April 1977 das erste Mal gefüllt war und der Betrieb vorübergehend schloss, erledigte sich die Frage der Metzgereiabfälle und Kadaver für den Verband. Am 22. April 1977 rief er die Gemeinden auf, Wasenplätze einzurichten. Strengstens verboten blieb, Metzgereiabfälle und Tierkadaver dem Kehrichtwagen mitzugeben. Bei Verbandspräsident Anton Zberg

lief das Telefon heiss, und Deponiewart Anton Stadler erhielt Drohungen. Doch der Verband hielt an seinem Annahmeverbot fest. Die Lösung kam am Ende aus Altdorf. Im Herbst 1977 richtete die Gemeinde bei der Kläranlage eine Kadaversammelstelle ein. Die Kosten für Annahme und Abfuhr nach Zürich trugen die Verursacher.

Ende März 1978 schloss die Schwändi endgültig. Bis dahin waren insgesamt 230'000 Kubikmeter Müll deponiert worden, 10'000 Tonnen pro Jahr – vom Verband selber, aber auch von Dritten. 40 Prozent entfielen auf Hauskehricht, 10 Prozent auf Sperrgut, 10 Prozent auf Gewerbeabfälle, 15 Prozent auf Industrieschlämme, 5 Prozent auf Klärschlamm und 20 Prozent auf Bauschutt. Nach der Schliessung der Schwändi suchte und fand der Verband für den Deponiewart eine neue Anstellung; der Trax wurde verkauft.

Der Betrieb der Deponie Schwändi bereitete dem Zweckverband regelmässig schwere Sorgen.



jener Jahre. Ebenfalls anwesend war der inzwischen neu gewählte Verbandspräsident Ambros Zraggen, selber Bürger von Attinghausen. Er erläuterte das Erweiterungsprojekt. Doch die Bevölkerung war nicht mehr dafür zu gewinnen. Bei lediglich vier Gegenstimmen beschloss die Versammlung, dass in der Gemeinde künftig kein Kehricht mehr deponiert werden darf. Attinghausen hatte endgültig genug vom Urner Güsel. Zwar hätte der Verband noch das Enteignungsrecht, das ihm die Regierung im Dezember 1977 zugesprochen hatte, nutzen können. Doch er zog das Enteignungsbegehren zurück. Politisch liess sich die bisherige Deponiepraxis in Attinghausen nicht mehr weiterführen. Der Betriebskommission blieb nichts anderes übrig, als die letzte offene Kehrichtdeponie in Uri zu schliessen und den Export nach Hinwil wieder aufzunehmen. Am 1. April 1978 fuhr der erste Lastwagen los. Pro Tonne fielen nun 75 Franken für Transport und Verbrennung an. Bei der damaligen Urner Kehrichtmenge betragen die monatlichen Mehrkosten rund 50'000 Franken pro Monat. Was tun?

Traum der Verbrennung in Uri platzt

Um den teuren Export nach Hinwil, der auf Zusehen hin erfolgte, schnell zu stoppen und das Urner Kehrichtproblem langfristig zu lösen, schien es vorerst nur eine Lösung zu geben: so bald wie möglich die eigene Kehrichtverbrennungsanlage in Schattdorf bauen! Doch Uri produzierte damals nur 10'000 Tonnen Kehricht pro Jahr, und Lieferungen aus anderen Kantonen waren nicht mehr zu erwarten. Bau und Betrieb einer Anlage für so kleine Mengen waren aber nicht wirtschaftlich, zumal der Bund keine Mini-Anlagen subventionierte. Ausserdem verfügten viele Verbrennungsanlagen in der Schweiz über freie Kapazitäten. In Erwartung von weiterem Bevölkerungswachstum und von ständig steigenden Kehrichtmengen waren die Anlagen zu grosszügig geplant worden. Daher empfahlen die Bundesbehörden den Urnern, auswärts eine Lösung zu suchen. Wegen fehlender Bundessub-

ventionen musste der Zweckverband das Vorhaben einer eigenen Verbrennungsanlage schliesslich aufgeben. Nach jahrelanger Planung mit Kosten von rund 300'000 Franken war der lang gehegte Traum einer eigenen Verbrennungsanlage geplatzt. Von da an liess sich das Urner Kehrichtproblem realistischerweise nicht mehr innerhalb von Uri lösen. Die eigene Verbrennungsanlage war gescheitert; einem herkömmlichen Deponiebetrieb stand im Reusstal der Grundwasserschutz entgegen, und in den Seitentälern war die Gefahr der Ausschwemmung und des Absickerns zu gross. Uri musste die langfristige Lösung für das Kehrichtproblem auswärts suchen.

Während nun die Verbrennung in Hinwil noch immer als teure Notlösung galt, nahte Hilfe in Form einer Offerte aus dem Kanton Bern. Die Teuftal AG in Frauenkappelen bot dem Zweckverband an, den Kehricht per Bahn abzutransportieren und auf der Grossdeponie Teuftal zu lagern – bis zum Jahr 2050. Schon am 16. Dezember 1978 beschloss der Verband, das Angebot anzunehmen und den Urner Kehricht ab Sommer 1979 nach Frauenkappelen zu entsorgen. Ins Auge gefasst wurde ein Zehnjahresvertrag. Um den Müll auf Containerwaggons verladen zu können, bewilligte der Vorstand am 16. Dezember 1978 einen Kredit von 840'000 Franken für den Bau einer Verladestation beim Bahnhof Altdorf. Die Betriebskosten würden sich – Sammeldienst ausgenommen – auf 75 Franken pro Tonne Kehricht belaufen. Diese Lösung war zwar 40 Franken pro Tonne teurer als die Deponierung in Attinghausen; aber sie war schnell realisierbar. «Urner Kehrichtprobleme gelöst», titelte das «Urner Wochenblatt» auf der ersten Seite seiner Ausgabe vom 20. Dezember 1978.

Doch so schnell war der Kanton seine Kehrichtsorgen nicht los. Zum einen ergab das Vorprojekt für die Verladestation in Altdorf, dass der Bau nicht bloss 840'000

Ab nach Frauenkappelen!

Hinwil bessert nach

KVA Hinwil

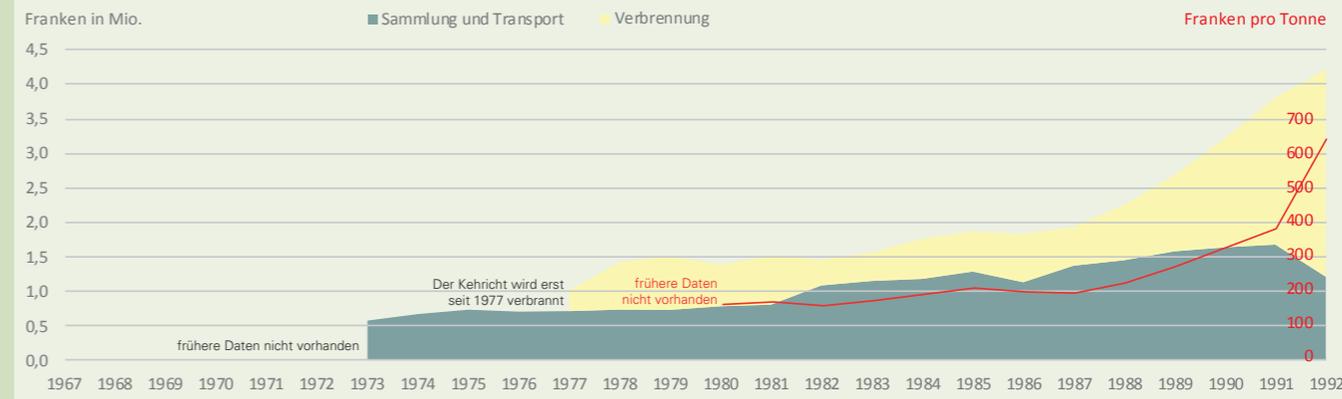


In den Jahren 1977 bis 1984 liess der Zweckverband den Urner Abfall in der Kehrichtverbrennungsanlage Hinwil im Zürcher Oberland verbrennen.

Quelle: Kehrichtverwertung Zürcher Oberland

Kosten für die Entsorgung des Kehrichts, 1967 bis 1992

Jahre 1993 bis 2015 siehe Seite 59



Quelle: ZAKU AG

Franken, sondern 1,42 Millionen Franken kosten würde. Auf zehn Jahre gerechnet, wären pro Tonne Kehricht rund 20 Franken an Amortisations- und Zinskosten entfallen. Die Gesamtkosten für die Entsorgung summieren sich damit auf knapp 79 Franken pro Tonne. Zum anderen hatten die Deponiepläne des Zweckverbands nun ihrerseits die Kehrichtverwertung Zürcher Oberland auf den Plan gerufen. Die Betreiberin der Anlage in Hinwil sorgte sich um die künftige Auslastung – und besserte die Preise nach. Bei einem Fünfjahresvertrag sollte die Verbrennung fortan nur noch 35 statt 40 Franken pro Tonne kosten. Ausserdem würden die Transportkosten – dank Umstellung auf Schwertransportfahrzeuge – künftig nur noch mit 22 statt 35 Franken zu Buch schlagen. Damit sanken die Gesamtkosten für die ursprüngliche Notlösung Hinwil auf 56 Franken pro Tonne. Finanziell war Teufthal geschlagen.

Die Deponiepläne des Zweckverbands hatten aber auch noch den Urner Unternehmer Josef Imholz auf den Plan gerufen. Er wollte den Kehrichtexport nach Frauenkapellen verhindern und eine ernerische Lösung des Müllproblems erwirken: mit einer neuen Deponie im Butzen bei Gurtellen. Die dortigen Probleme des Gewässerschutzes, so meinte Josef Imholz, liessen sich im Einklang mit den Richtlinien der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) lösen. Kurzerhand gründete er das «Aktionskomitee für eine vernünftige Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri». Bereits im Januar 1979 begann das Komitee, Unterschriften für eine Volksinitiative gegen den Kehrichtexport nach Bern zu sammeln. Innert drei Wochen waren 1500 Unterschriften beisammen; 300 hätten gereicht.

Die Unterschriftensammlung in Uri und die Preisoffensive aus Hinwil zeigten Wirkung. Anfang Februar 1979 wurden die Gemeinden von der Betriebskommission in-

formiert, dass die Unterzeichnung des Vertrags mit der Teufthal AG zurückgestellt worden sei. Zehn Monate später, am 15. Dezember 1979, stimmte der Verbandsvorstand einem Fünfjahresvertrag mit der Kehrichtverwertung Zürcher Oberland zu. Damit wurde die Notlösung Hinwil zur allgemein akzeptierten Praxis für die Jahre 1980 bis 1984, und der Verband gewann wieder Zeit für die Suche nach einer geeigneten Nachfolgelösung. Das «Aktionskomitee für eine vernünftige Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri» zog seine Volksinitiative zurück. Es kehrte relative Ruhe ein.

In der Aprilsession des Jahres 1981, vier Jahre nach dem heftigen Ausbruch der Urner Kehrichtkrise, beantwortet Gesundheitsdirektor Franz Achermann im Landratsaal wieder einmal Fragen zum Müll. Diesmal heisst der Interpellant Paul Schilter (FDP, Altdorf). Franz Achermann erklärt, dass bei einer allfälligen Vertragsverlängerung mit Hinwil der Urner Kehricht künftig auf der Schiene zu transportieren sei. Die Pläne für eine Verladerrampe lägen indes bereits vor. Darüber hinaus wäre auch eine geordnete Deponie in den Steinbrüchen von Attinghausen denkbar – etwa zur Ablagerung von Rückständen aus einer Verbrennungsanlage. Um in den Steinbrüchen eine Deponie zu errichten, müsste aber der Beschluss der Gemeindeversammlung vom 28. Februar 1978 aufgehoben werden, so Franz Achermann weiter; andernfalls dürfe man in Attinghausen keinen Kehricht deponieren. Mit diesen Ausführungen des Gesundheitsdirektors ist Interpellant Paul Schilter zwar «nicht ganz hundertprozentig» zufrieden. Er zeigt sich jedoch erfreut über die guten Vorschläge. Die Urner Kehrichtkrise hatte ihre vorläufige Lösung gefunden. Zwar nicht innerhalb des Kantons, zwar nicht so billig wie in der Deponie Schwändi, zwar nicht so sauber wie nach heutigen Massstäben. Dem Verband würde die Arbeit auch in den kommenden Jahren nicht ausgehen.

Krise trägt den Keim für die Zukunft

Kehrichtdeponie bei Attinghausen ist übervoll:

Wilhelm Tell würde die Armbrust hervornehmen!

ATINGHAUSEN (UR): Uris Unrat stinkt zum Himmel. Die Kehrichtdeponie bei Attinghausen ist übervoll. Am gleichen Ort soll noch mehr Kehricht abgeladen werden. Damit aber nicht genug: Auch unsere Armee stinkt mit. Denn ein Giftskandal soll verharmlost werden.

Bauer Ruedi Herper, Vater von zehn Kindern, musste im letzten Herbst alles Heu vernichten. 1,8 Hektaren seines Landes waren von hochgiftigem Chloegas verseucht worden. Es stammte aus vier Plastik-Gasflaschen, die von Angehörigen des Festungswachkorps kurzerhand auf dem Attinghauser Guschhügel «Schwendis» abgeladen worden waren.

Dem geschädigten Bauern versprach das Militär eine Entschädigung. Bisher ist aber noch kein Rappen eingetroffen.

Stunk wegen des Gestanks machte Schreinermeister Oswald Wyrch von Attinghausen. Seine Werkstatt steht neben dem faulenden Berg. Wyrch hat es satt, ständig in der Stinkluft arbeiten zu müssen. Er schritt zur Tat und reichte mit über hundert Unterschriften beim Urner Landgericht eine geharnischte Klage gegen die Erweiterung der Kehrichtdeponie «Schwendis» ein. Gestern reagierte der Regierungsrat. Am Samstag will er sich mit den Betroffenen zu einer Begehung der Deponie treffen.

Zuständig ist der Kantonale Zweckverband für Kehrichtbeseitigung.



Kehrichtdeponie bei Attinghausen; Uris Unrat stinkt zum Himmel.

Sein Präsident, Landrat Anton Zberg (CVP), zur TAT: «Ich sage überhaupt nichts.»

Klar, dass Zberg schweigt. Der Zweckverband wirkt nämlich gegenwärtig ganz kräftig hinter den Kulissen.

Bereits klopfen die Kehrichtmänner das Landgericht weich: «Die privatrechtliche Einspra-

che dürfte dahinfallen, heisst es in einem Brief. Und: «Da wir das Entsorgungsverfahren einkleiten werden, bitten wir um eine Fristenstreckung von drei Wochen. Das Landgericht gab klein bei und verlängerte bis zum 23. April. Denn – so erklärte Wyrch – «das Land, auf dem der Zweckverband den Dreck ablagern will, gehört der allmächtigen

Korporation. Deshalb kann überhaupt von Entschädigung gesprochen werden.

Doch davon ahnen die Betroffenen noch nichts. Immerhin sind das zehn Landwirte und über 100 Hausbesitzer.

Sie müssen damit rechnen, knietief im Dreckwasser waten zu müssen, wenn der Wildbach «Ba-

lanken» hinter der Deponie wieder einmal über die Ufer tritt.

Denn die Deponie könnte trotz eingepflanztem Abflusskanal wie ein falsch angelegter Damm wirken.

Gegen die geplante Erweiterung ist auch das Oberforstinspektorat: Der Auenwald entlang des Balanken darf nicht abgeholzt werden, entschied es. Und damit ist die seinerzeit in viel grösseren Dimensionen geplante Güsel-Aufschüttung der Talsohle in der Breite massiv geschrumpft. Und wenn jetzt bachaufwärts vergrössert werden soll, könnte bald einmal das Grundwasser, das Attinghausen aus dem Boden holt, gefährdet werden. Vom Stinkberg, der bachabwärts bereits alles Grundwasser ungeniessbar macht.

Peter T. Klöntschli



Kehricht-Misere gefährdet Attinghausens Grundwasser.

Über die Probleme mit der Deponie Schwändi berichteten auch die Medien regelmässig.

Aktionskomitee will Kehricht behalten

Notlösung wandelt sich zur akzeptierten Praxis



E I N E FRAGE DES ÜBERLEBENS

Die moderne Gesellschaft produziert immer mehr und immer giftigeren Müll. Als dieser Müll und seine Entsorgung die Lebensgrundlagen der Menschen zu schädigen beginnen, erwacht das Umweltbewusstsein. Abfälle müssen fortan verwertet werden. Der Zweckverband stellt sich dieser Herausforderung. Aber weiterhin muss er viel Kehrrecht auswärts verbrennen lassen. Darum hegt er bald einen neuen Traum: von einer eigenen Deponie neuen Typs.

«Wir haben den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.» Als Rudolf Brügger diesen bemerkenswerten Satz am 12. November 1983 vor versammelter Delegiertenschar ausspricht, führt er den Zweckverband für Kehrrechtbeseitigung im Kanton Uri gerade mal seit einem Jahr. Ob die kritischen Worte des Präsidenten irgendwelche Wogen warfen, überliefert das Protokoll nicht. Man darf indes annehmen, dass die Zuhörer durchaus einer Meinung mit dem Redner waren. Und das bedeutete: Der Verband hatte die Urner Kehrrechtkrise am Ende der 1970er-Jahre vorübergehend gelöst, indem er den Teufel Schwändi mit dem Beelzebub Hinwil austrieb. Die Verbrennung des Urner Kehrrechts im Zürcher Oberland war mithin genauso problematisch wie die vorherige Deponierung im Dreieck von Reuss und Palanggen. Wieder einmal, so schien es, war das moderne Abfallverhalten der herrschenden Entsorgungspraxis davongeeilt.

**Abnahme nur
in der Zunahme**

Zwar hatte das Wirtschaftswachstum der Schweiz in der Mitte der 1970er-Jahre einen empfindlichen Dämpfer erlebt. Im Zug der Erdölkrise sank das Bruttoinlandprodukt zeitweise dramatisch. Der Konsum brach ein. Doch die

Urner Kehrrechtmenge wuchs weiter, wenn auch langsamer. Treffend hält das Protokoll der Vorstandssitzung vom 13. Dezember 1975 fest: «Man kann daher nicht von einer Abnahme reden, nur halt in der Zunahme.» Die moderne Gesellschaft produzierte immer mehr und immer giftigeren Müll. Und die Entsorgung dieses modernen giftigen Mülls fing an, die Umwelt zu belasten. Zwar hatte die geordnete Deponie vom Typ der 1960er-Jahre, die eine begrenzte Verschmutzung des Grundwassers in Kauf nahm, in Uri und auch anderswo ausgedient. Die nachfolgende Verbrennung des Kehrrechts schien für lan-

Blick in den Ofen einer Kehrrechtverbrennungsanlage.



ge Zeit die beste aller Lösungen. Doch der Schein trog. Aus den Schloten der Verbrennungsanlagen stiegen giftige Abgase. Diese vereinigten sich mit dem Wasser in der Atmosphäre und fielen als saurer Regen zurück auf die Erde, wo die Vegetation Schaden nahm. Plötzlich war das Waldsterben in aller Munde. Die Gesellschaft begann zu erkennen, dass die moderne Lebensweise die eigenen Lebensgrundlagen zerstörte.

deren Bevölkerung simuliert. Sie kamen zum Schluss: «Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.» Dieses Szenario durfte natürlich nicht eintreffen. Um es zu verhindern und um die Weltbevölkerung samt Wohlstand langfristig zu retten, empfahlen die Studienautoren sofortige Massnahmen zum Umweltschutz, zur Geburtenkontrolle, zur Begrenzung des Kapitalwachstums und in der Technologie. Zu den technologischen Massnahmen gehörten die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, die verlängerte Nutzungsdauer von Investitionsgütern und – die Wiederverwendung von Abfällen. Kehricht war nicht länger Müll, sondern eine potenzielle Quelle für Rohstoffe. Je eher man sie nutzte, desto länger würden die Ressourcen der Erde reichen.

Die Wiederverwertung von Kehricht war – pointiert gesagt – eine von vielen Antworten auf die Frage, wie die moderne Wohlstandsgesellschaft langfristig überleben kann. Eine andere wichtige Antwort auf die gleiche Frage war, die Umwelt besser zu schützen. Beide Antworten fanden ihren Niederschlag im schweizerischen Recht. Eine erste Wegmarke war der 6. Juni 1971: An diesem Tag nahmen Volk und Stände eine neue Bestimmung in die Bundesverfassung auf. Der Bund wurde verpflichtet, Vorschriften über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen zu erlassen. Eine solche Vorschrift reichte der Bund bereits drei Monate später nach, und zwar in Form des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1971 über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigungen. Von da an war es in der ganzen Schweiz verboten, «Stoffe, die Wasser verunreinigen können, mittelbar oder unmit-

Illusionen im Kopf

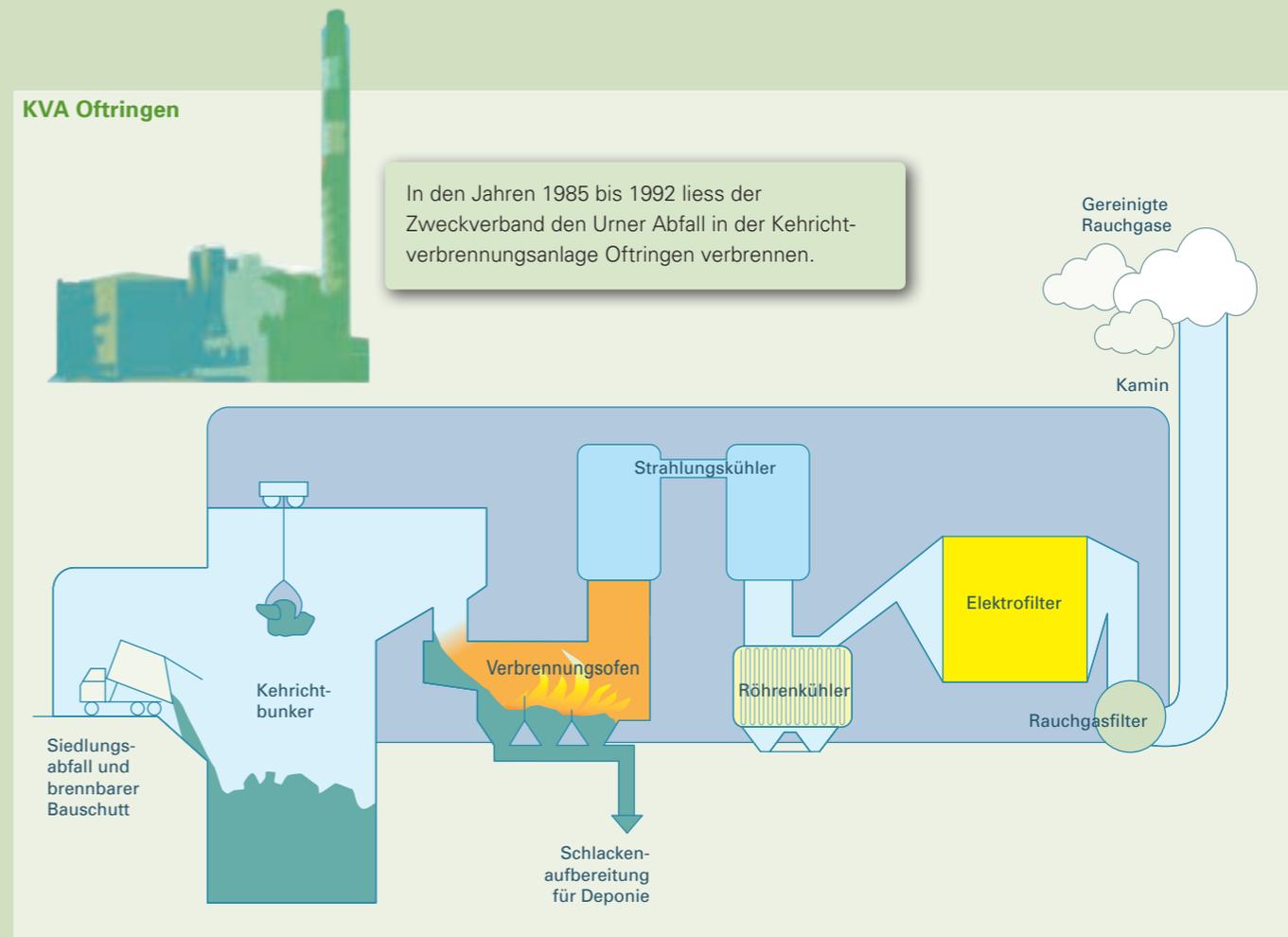
Diese Erkenntnis musste reifen. Im Fall des Kehrichts pflegten weite Teile der Urner Bevölkerung jahrelang die Illusion, die Siedlungsabfälle liessen sich ebenso sauber wie billig wie innerkantonale Entsorgung. An diesem Anspruch wären die klügsten Köpfe der Zeit gescheitert. Doch als Mitte der 1970er-Jahre auch der Zweckverband keine saubere, billige und innerkantonale Lösung für die Kehrichtentsorgung mehr hatte, machte der Vorwurf vom behördlichen Versagen die Runde. In Wahrheit hatten nicht die Behörden versagt. Vielmehr fehlte es der Bevölkerung an der vollen Bereitschaft, die Illusionen aufzugeben, den Tatsachen ins Auge zu sehen und sich an der eigenen Nase zu nehmen. Noch waren viele Urner nicht gewillt, eine ausserkantonale Lösung zu akzeptieren und den Preis für eine saubere Entsorgung zu zahlen. Es war ja Müll.

Den Untergang vor Augen

War es Müll? 1972 präsentierte der Club of Rome, ein Zusammenschluss von Experten verschiedenster Disziplinen aus über dreissig Ländern, eine Studie zur Zukunft der Weltwirtschaft. Das Buch dazu wurde unter dem Titel «Die Grenzen des Wachstums» (im englischen Original «The Limits to Growth») zu einem Bestseller auf der ganzen Welt. Der Inhalt war zum Gruseln. Nichts weniger als eine wissenschaftlich fundierte Voraussage vom Untergang der modernen Wohlstandsgesellschaft! Mithilfe eines Grossrechners hatten die Autoren mögliche Szenarien für die künftige Entwicklung der Erde und

Gesetzgeber entdeckt die Umwelt

KVA Oftringen



Kosten für die Verbrennung des Kehrichts, 1967 bis 1992





Mit der Statutenrevision vom 23. Oktober 1982 schloss der Zweckverband die Altglasbeseitigung neu in seine Aufgaben ein.

telbar in ein Gewässer einzubringen oder sie versickern zu lassen». Der Anfang war gemacht. Zwölf Jahre später folgte die markanteste Regelung zum Umweltschutz und zur Entsorgung von Abfällen – mit dem Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz. Es bestimmte, dass Abfälle soweit möglich zu vermeiden und zu verwerten sind und dass Ablagerungen nur auf bewilligten Deponien erfolgen dürfen. Damit war der Weg in die Zukunft der Kehrichtentsorgung vorgezeichnet, auch in Uri.

Neue Statuten fürs Altglas

Den Weg in die neue Kehrichtzukunft hatte der Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri zu dieser Zeit längst eingeschlagen. Davon zeugt nicht nur die präsidentiale Rede vom Teufel und vom Beelzebub an der Delegiertenversammlung vom Herbst 1983. Schon sieben Jahre vorher hatte Rudolf Brügger gemahnt: «Die Tendenz der heutigen Kehrichtbeseitigung ist die Wiederverwertung.» Den Worten folgten Taten. Der Verband suchte laufend nach Mitteln und Wegen, die Kehrichtmenge zu reduzieren. Er rief die Gemeinden und die Bevölkerung auf, Garten- und verrottbare Haushaltabfälle zu kompostieren. Er setzte sich ein fürs getrennte Einsammeln von wiederverwertbaren Materialien wie Glas, Papier, Altmittel, Kleider, Altöl und Batterien. Um

das Einsammeln von Altglas sicherzustellen, revidierte der Verband sogar seine Statuten. Die Baldini AG aus Altdorf, die das Altglas in Uri seit einigen Jahren in eigener Regie einsammelte, hatte den Verband um Hilfe ersucht, weil der Sammeldienst nicht mehr kostendeckend war. Der Verband kam dem Ersuchen nach. Mit der Statutenrevision vom 23. Oktober 1982 schloss er die Altglasbeseitigung neu in seine Aufgaben ein. Ausserdem wurde der Vorstand umbenannt: in Delegiertenversammlung. Am gleichen Tag bewilligte der Verband erstmals einen Kredit für den Kauf von Glascontainern. Dank diesen liess sich Altglas nun nach Farben getrennt sammeln. Der Sammeldienst oblag weiterhin der Baldini AG; sie baute beim Bahnhof Altdorf ein zentrales Zwischenlager. Zur gleichen Zeit erklärte sich die Baldini AG bereit, die früher verwendeten kleinen Glascontainer den Gemeinden kostenlos für die Altmittelsammlung zu übergeben. Der Verband schlug ein. Beim Altpapier ging er am 1. Januar 1985 dazu über, die Sammlungen der privaten Organisationen finanziell zu unterstützen. Im gleichen Jahr führte der Verband die gesonderte Sammlung von Batterien ein.

Alle diese Anstrengungen trugen Früchte. Im Jahr 1985 sank die Kehrichtmenge auf 9'080 Tonnen. Das waren immerhin 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit 270 Kilogramm pro Kopf und Jahr produzierten die Urnerinnen und Urner sogar satte 100 Kilogramm weniger Kehricht als der durchschnittliche Schweizer. Aber auch so blieb genug Kehricht, den der Verband entsorgen musste. Mit der Verbrennung in Hinwil war Ende 1984 allerdings Schluss. Mitte Juni 1982 hatte der Kanton Zürich mitgeteilt, dass der Vertrag nicht verlängert werde, weil die Reserven in absehbarer Zeit für die eigenen Bedürfnisse beansprucht würden. In dieser Situation nun nahm die Verbandsstrategie eine denkwürdige Wende. Bis zum Ende der 1970er-Jahre war das Deponieren von Kehricht

Erst verbrennen, dann deponieren!

stets nur eine notwendige Übergangslösung bis zum Betrieb einer eigenen Verbrennungsanlage. Doch jetzt, Anfang der 1980er-Jahre, nach dem Scheitern der eigenen Verbrennungsanlage, schwenkte der Verband um. Neu betrachtete er das Verbrennen bloss als Übergangslösung bis zum Betrieb einer neuen eigenen Deponie. Um diese zu planen, bewilligten die Delegierten am 23. Oktober 1982 einen Kredit von 100'000 Franken.

Neuanfang im Steinbruch

Wollte der Verband den Beelzebub Hinwil mit dem Teufel Schwändi austreiben? Nein. Dass die geordnete Deponie vom Typ der 1960er-Jahre ausgedient hatte, war allen klar. Ebenso klar war, dass herkömmliche Verbrennungsanlagen die Luft belasteten. Die Lösung war eine Deponie neuen Typs. «Es zeigt sich, dass Deponien, nach den neuesten Erkenntnissen und Vorschriften erstellt und betrieben, die umweltfreundlichsten Entsorgungsmöglichkeiten sind», meinte Präsident Rudolf Brügger am 12. November 1983 vor den Delegierten. Im Vorfeld hatte der Verband bereits fünf mögliche Standorte geprüft: Hinterwiler in Erstfeld, Butzen bei Gurtneilen, Riedli in Silenen, Niederschwand bei Seelisberg und die Steinbrüche bei Attinghausen. Letztere schienen am besten geeignet. Öffentlich wirksame Unterstützung erhielt der Verband übrigens von der Kommission «Lebensraum Uri» der CVP. Eine Arbeitsgruppe dieser Kommission schlug in einem Bericht vom Herbst 1983 vor, auf eine Verbrennungsanlage zu verzichten und stattdessen eine geordnete Kehrichtdeponie zu errichten. Zum dreiköpfigen Autorenteam gehörte der spätere Verbandspräsident Franz Xaver Muheim.

Startschuss für Deponie Eielen

Die angepeilte neue Deponielösung hiessen die Delegierten an der Versammlung vom 27. Oktober 1984 gut, zumal der Regierungsrat grünes Licht erteilt und die Gemeinde Attinghausen sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatte. Einstimmig Ja sagten die Delegierten zum

vorgesehenen Fahrplan. Als erstes sollte der Verband mit dem Gemeinderat Attinghausen, mit der Korporation Uri als Landeigentümerin und mit dem Steinbruchbetreiber verhandeln. Danach würde er die Deponie planen. Als nächstes müsste die Gemeindeversammlung von Attinghausen ihren Beschluss vom 28. Februar 1978 aufheben; dieser untersagte ja jegliches Deponieren von Kehricht auf dem Gemeindegebiet. Zum Schluss sollte eine Delegiertenversammlung alle erforderlichen Verträge und Kredite genehmigen. Bis es soweit wäre, wollte der Verband den Kehricht weiterhin auswärts entsorgen lassen. Nachdem mehrere Verbrennungs- und auch Deponierungsmöglichkeiten geprüft worden waren, entschieden sich die Delegierten für die Verbrennung in Oftringen. Der Vertrag mit einer Laufzeit von vorerst vier Jahren trat am 1. Januar 1985 in Kraft. Er erstreckte sich auf jährlich rund 10'000 Tonnen Kehricht. Pro Tonne fielen Kosten von knapp 70 Franken an: je 35 Franken für Transport und Verbrennung. Damit war die neue Verbrennungslösung in Oftringen noch einmal teurer als die bisherige in Hinwil. Doch dank des gewachsenen Umweltbewusstseins war die Bevölkerung jetzt bereit, eine mehrjährige ausserkantonale Übergangslösung zu akzeptieren und den Preis für eine saubere Entsorgung zu zahlen. So konnten die Transporte nach Oftringen –

Sprengung in der Eielen: Mitte der 1980er-Jahre ging der Verband daran, den Steinbruch bei Attinghausen in eine geordnete Deponie zu verwandeln.



anders als wenige Jahre zuvor jene nach Hinwil – ohne jede öffentliche Vertrauenskrise starten.

Bloss keine zweite Schwändi!

Von da an steckte der Verband seine ganze Kraft in die Verwirklichung der Deponie Eielen und in die Weiterentwicklung der Abfallverwertung. Auf dem Weg zur neuen Deponie hielt sich der Verband ziemlich genau an den Fahrplan, den die Delegierten Ende Oktober 1984 beschlossen hatten. Zunächst verhandelte er mit dem Gemeinderat Attinghausen, mit der Korporation Uri und mit dem Steinbruchbetreiber. Mit Erfolg! Bereits am 22. Mai 1985 willigte die Gemeindeversammlung von Attinghausen in einen Vertragsabschluss ein; gleichzeitig hob sie

das Müllablagerungsverbot vom 28. Februar 1978 auf. Wenige Wochen später, am 2. Juli 1985, konnte eine ausserordentliche Delegiertenversammlung die Verträge mit Attinghausen sowie das generelle Projekt genehmigen. Punkto Gewässerschutz, Schutz der Umgebung und Geruchsmissionen sollte die neue Kehrichtdeponie auf dem neusten Stand der Technik sein. Den Boden unter der Deponie würde man mit Asphalt abdichten, so dass alles Sickerwasser in die Kanalisation flösse. Eine Abdeckung würde verhindern, dass der Wind das Deponiegut in alle Himmelsrichtungen trägt. Das geruchsintensive Biogas sollte zur Beheizung des Betriebsgebäudes verbrennen. Der Betrieb würde vollkommen

Der Einbau von Schlacke dient zugleich der Rekultivierung des Steinbruchs Eielen.



geordnet geführt. Und nach rund acht Jahrzehnten, nach dem Auffüllen in drei Etappen, wäre das ganze Gebiet rekultiviert. Das war die Deponie neuen Typs! Alle eklatanten Schwächen, die der einstigen Verbandsdeponie Schwändi ein unrühmliches Ende bereitet hatten, waren ausgemerzt. Der Verband hatte die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Mithilfe der modernen Technik schien er auf dem besten Weg, das grosse Ziel einer ebenso sauberen wie billigen wie innerkantonalen Entsorgung doch noch zu erreichen.

Rudolf Brüggers letzter Appell

Aber nicht mehr mit Rudolf Brügger. Der Verbandspräsident starb am 22. Februar 1986 an den Folgen eines Herzinfarkts. In seinem letzten Jahresbericht – auf das Jahr 1985 – hatte Rudolf Brügger noch einmal die «ungebrochene Wegwerfmentalität» beklagt. «Eine gedankliche, einstellungsmässige und praktische Umkehr ist dringend nötig», forderte er. «Wir stehen mitten in einem landesweiten, ja sogar internationalen Entwicklungs- und Lernprozess. Von diesem gibt es für niemanden eine Ausnahme, weder für Industrie noch Handel noch für die Kinder, Erwachsenen, Erzieher und Politiker.» Jeder einzelne müsse sich dauernd darum bemühen, Abfall zu vermeiden und zu vermindern sowie die Abfälle im eigenen Haushalt oder Betrieb zu sortieren und so weit als möglich wieder zu verwenden oder der Wiederverwertung zuzuführen. Der Kehrichtabfuhr übergeben dürfe jeder einzelne nur noch jene Abfälle, «die sich bei bestem Willen nicht anderweitig umweltfreundlich beseitigen lassen».

Sternstunde im «Sternen»

Ganz im Einklang mit Rudolf Brüggers letztem Appell übernahm nun der bisherige Vizepräsident Ernst Naef die Verbandsführung. Am 19. Juni 1986 wurde er zum neuen Präsidenten gewählt. Gut drei Monate später, am 2. Oktober 1986, genehmigten die Delegierten – immer noch erstaunlich flott im Fahrplan – alle erforderlichen

Verträge und Kredite für die neue Deponie. Je einen Vertrag schlossen sie mit der Korporation Uri, der Gebrüder Arnold AG aus Bürglen und der Viktor Gasperini AG aus Altdorf. Im Deponievertrag mit der Korporation Uri als Landeigentümerin erhielt der Verband die Berechtigung, im südlichen Teil des Steinbruchs Eielen eine Kehrichtdeponie gemäss Deponierichtlinien des Bundes zu betreiben; pro Kubikmeter Deponiegut war eine Gebühr von 3 Franken an die Korporation Uri fällig. Der Vertrag mit der Gebrüder Arnold AG, der bisherigen Betreiberin des südlichen Steinbruchs, regelte die Aufgabe des dortigen Betriebs; für 2,2 Millionen Franken übernahm der Verband alle Bauten, Anlagen und Einrichtungen. Alle Maschinen und Anlagen verkaufte der Verband – im dritten Vertrag – an die Viktor Gasperini AG, die den nördlichen Teil des Steinbruchs betrieb. Im Gegenzug verpflichtete sich die Viktor Gasperini AG, den für die Deponie nötigen Ausbruch zu machen. Für allen Aufwand bis zum Baubewilligungsverfahren bewilligten die Delegierten einen Kredit von 2,4 Millionen Franken. Nach Abzug der Subventionen von Bund und Kanton müsste der Verband nur 480'000 Franken zahlen. Somit wäre das saubere Deponieren von Kehricht im eigenen Kanton in Zukunft nicht einmal halb so teuer wie die auswärtige Verbrennung. «Ein historischer Schritt», jubelt Präsident Ernst Naef an der Delegiertenversammlung vom 2. Oktober 1986. Gleicher Meinung ist der anwesende Regierungsrat Ambros Gisler. Er gratuliert. Im «Sternen» in Schattdorf herrscht eine Stimmung wie zwanzig Jahre vorher bei der Gründung des Verbands im Rathaus in Altdorf. Es sah ganz so aus, als hätte der Verband mit seiner künftigen Entsorgungspraxis das moderne Abfallverhalten eingeholt. Alles sauber, alles günstig, alles innerhalb von Uri. Doch der Weg zur Eröffnung der Eielen sollte bedeutend länger sein als die damals veranschlagten drei Jahre. Und als die Deponie dann eröffnet wurde, war sie kein Ort mehr für Kehricht.



NEUE LOSUNG FÜR DIE ZUKUNFT

Gegen Ende der 1980er-Jahre befiehlt der Bund: Verbrennen statt deponieren! Damit scheitern die Pläne für die Kehrichtdeponie Eielen, und der Zweckverband muss eine dauerhafte Lösung für die auswärtige Verbrennung des Urner Mülls suchen. Doch wohin mit all der Verbrennungsschlacke? In die Eielen! Sie erlebt 1992 ihre Eröffnung als Schlackendeponie. Im selben Jahr schlägt die Geburtsstunde für ein neues Urner Kehrichtregime: mit der Einführung der Sackgebühr.

Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Das gilt gegen Ende der 1980er-Jahre auch für den Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri. Auf dem Weg zur neuen grossen Urner Kehrichtdeponie geht zunächst zwar alles flott voran. Im Jahr 1987 beginnt der konzentrierte Felsabbau im Areal Eielen-Süd. Im April 1988 erhält die Büro für Kies und Abfall AG vom Zweckverband den Auftrag, unter der Oberaufsicht des kantonalen Amts für Umweltschutz das Bauprojekt für die Deponie zu erarbeiten. Später werden weitere Fachplaner zugezogen. Aktiv an der Arbeit ist jedoch nicht nur der Verband in Uri, sondern auch der Bund in Bern. Während der Verband die eigene Kehrichtdeponie vorantreibt, erarbeitete der Bund ein Abfallleitbild für die Schweiz. Es wird 1986 veröffentlicht. Zusammen mit dem 1992 erscheinenden Abfallkonzept für die Schweiz ist das Leitbild wegweisend für die künftige Abfallpolitik des Bundes. Die Ziele dieser Politik lauten: Minimierung der Umweltbelastungen aus der Abfallentsorgung, Schonung der Ressourcen, Einsparung von Entsorgungsanlagen, Finanzierung der Abfallentsorgung durch die Verursa-

cher, Abbau von Abfallexporten. Im Rahmen des Vollzugs verbietet der Bund schliesslich das Ablagern von brennbaren Abfällen. Diese müssen fortan verbrannt werden.

Der Sieg der Kehrichtverbrennungsanlage über die Kehrichtdeponie war nicht nur politischer Natur, sondern auch technischer Art. Verbrennungsanlagen waren nicht länger Dreckschleudern für die Atmosphäre. Abfalltrennung und neue Technologien hatten dafür gesorgt, dass

Gewinn für die Umwelt, Arbeit für den Verband

Entrümpelungsaktionen waren eine begleitende Massnahme zur Einführung der Sackgebühr.





Sackgebühr lässt Säcke platzen

Mit der Einführung der Sackgebühr im Frühling 1992 begann in der Kehrichtentsorgung in Uri eine neue Epoche. Lange vorher hatte der Zweckverband erkannt, dass die erfolgreiche Umstellung auf das Verursacherprinzip nicht nur eine technische Frage seitens des Verbands ist, sondern auch eine Frage des Bewusstseins in der Bevölkerung. Das bedeutete: Der Verband musste die Urnerinnen und Urner frühzeitig sensibilisieren für den zeitgemässen Umgang mit Abfall. An vorderster Front stand Helen Bachmann. In den 1980er-Jahren hatte sie sich mit Therese Oechslin in der Umweltschutzkommission der Gemeinde Altdorf engagiert. 1990 initiierten die beiden Frauen im Winkel in Altdorf eine grosse Umweltschutzausstellung. Dafür erhielten sie den Urner Umweltschutzpreis. Diese Auszeichnung trug Helen Bachmann die Aufmerksamkeit des Zweckverbands ein. Im Jahr 1991 wurde die damals 35-jährige Altdorferin als neues Mitglied in die Betriebskommission gewählt. Vom 1. Januar 1992 bis am 31. Dezember 1997 war sie sodann zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit.

«Zu Beginn stiess die geplante Einführung der Sackgebühr auf gewisse Vorbehalte», erinnert sich Helen Bachmann. «Viele Leute glaubten, dass sie nie mit einer einzigen Abfuhr und einem Sack pro Woche auskämen.» Um zu zeigen, wie es geht, lancierte Helen Bachmann gemeinsam mit Beat Huwyler, dem damaligen Geschäftsführer des Zweckverbands, die Aktion «Abfall ist kein Zufall». «Wir wollten der Bevölkerung vermitteln, dass der Abfall viele Wertstoffe enthält, die sich getrennt sammeln und verwerten lassen», sagt Helen Bachmann rückblickend. Mit einer Artikelserie in den Urner Zeitungen stellte sie die Wertstoffe und die Verwertungsmöglichkeiten der Reihe nach vor. Später gab sie auch die Urner Abfallfibel heraus. Die Broschüre informierte im Detail, welche Wertstoffe

sich wo und wie fachgerecht entsorgen und verwerten lassen. Zudem ersuchte Helen Bachmann diverse Verkaufsgeschäfte um die Aufstellung von PET-Sammelstellen. «Zuerst waren die Geschäfte wenig begeistert», sagt Helen Bachmann, «doch dann erkannten sie, dass eine PET-Sammelstelle nicht nur eine Dienstleistung für die Kundinnen und Kunden ist, sondern auch im Geschäftsinteresse liegt. Wo jemand seine PET-Flaschen kostenlos entsorgen kann, kauft er auch ein.»

Ein weitere begleitende Massnahme zur Einführung der Sackgebühr waren die Bring- und Holtage in den Gemeinden. Die Leute konnten ihren Haushalt entrümpeln und die Ware bei einer Sammelstelle kostenlos abgeben. «Beim Bring- und Holtag im Altdorfer Winkel standen die Autos bis zur Flüelerstrasse Schlange», erinnert sich Helen Bachmann. «Was da alles zusammenkam, nahm sich geradezu apokalyptisch aus.» Viele Kofferräume wurden indes schon beim Rathausplatz geleert. «Dort standen Antiquitätenhändler und andere Leute: Sie plünderten die Autos förmlich.»

Ihr Engagement für Mülltrennung und Wiederverwertung trug Helen Bachmann bald den Übernamen «Güsel-Helen» ein. «Die Leute riefen mich wegen jedem Hafenkäse an», erzählt sie. Doch das Engagement zahlte sich aus. Am Ende wurde die Sackgebühr von der Bevölkerung gut aufgenommen. Ganz ohne Probleme ging es aber nicht. So erreichte den Zweckverband immer wieder die Beschwerde, die Qualität der Kehrichtsäcke sei ungenügend. «Tatsächlich platzten etliche Säcke», sagt Helen Bachmann. «Aber nicht weil die Qualität schlecht war, sondern weil die Leute, um Gebühren zu sparen, die Säcke mit aller Kraft vollstopften. Manchmal hatten die Säcke sogar Aufsätze, die fast gleich gross waren wie der Sack selber.» Ein

weiteres Problem war der «Abfallexport». Manche Leute füllten ihren Abfall portionenweise in nicht ganz gefüllte fremde Säcke oder in öffentliche Mülleimer. Diese Unsitte gibt es übrigens heute noch.

«Es war eine intensive Zeit», sagt Helen Bachmann im Rückblick. Als Hausfrau und Mutter von drei kleinen Kindern sowie als Musiklehrerin hätte sie auch ohne ihre Tätigkeit für die Betriebskommission genug Arbeit gehabt. «Dennoch wollte ich mich für den Zweckverband einsetzen. Denn ich hatte das Gefühl, dieser Einsatz sei wichtig für unsere Gesellschaft.» Zwanzig Jahre nach diesem Einsatz lebt Helen Bachmann zusammen mit ihrem Mann noch immer in Altdorf. Für den wöchentlichen Abfall reicht normalerweise ein 17-Liter-Sack. «Wenn mein Mann nichts mehr reinbringt, muss ich ran», sagt Helen Bachmann. «Ich stopfe gut, aber platzen lasse ich den Sack nie.»

Am 1. März 1992 wurde die Sackgebühr eingeführt. Die neuen Säcke forderten die Bevölkerung auf: «Uri a d Seck.»



Auf dem Weg nach Fänn

man Müll auch umweltfreundlich verbrennen konnte. Dass man es musste: Dafür sorgte die neu geschaffene Luftreinhalteverordnung des Bundes. Ein schöner Gewinn für die Umwelt, gewiss, aber gleichzeitig das abrupte Ende für die Kehrichtdeponie Eielen. Der Verband musste seine Pläne ändern. Um Zeit zu gewinnen, verlängerte er den Vertrag mit der Verbrennungsanlage in Oftringen. Danach versuchte er, eine langfristige Verbrennungslösung für den Urner Kehricht zu finden.

Der Bau einer eigenen Urner Verbrennungsanlage wäre, wie bereits in den 1970er-Jahren, am viel zu kleinen Einzugsgebiet gescheitert. Daher suchte der Verband für die Verbrennung eine langfristige Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Eine ebenso langfristige Lösung brauchte es aber auch für die umweltgerechte Entsorgung der Verbrennungsschlacke. Und genau hier kam die Eielen wieder ins Spiel: nicht mehr als Deponie für Kehricht, sondern als Deponie für Schlacke. In diesem Sinn arbeitete der Verband zielstrebig weiter. Bald zeigte sich, dass der Kanton Zug und Teile des Kantons Schwyz in einer ähnlichen Lage steckten. Auch sie konnten den Kehricht nur noch eine begrenzte Zeit lang auswärts verbrennen lassen. So begannen die Verhandlungen für eine gemeinsame Anlage. Am 5. Juni 1989 bewilligten die Delegierten einen Kredit von 35'000 Franken für das Vorprojekt. Weitere 200'000 Franken für die Planung sprachen sie am 28. November 1989. Ein Jahr später war der Standort für die Anlage bekannt: Fänn in der Gemeinde Küssnacht. Den Vertrag mit dem Zweckverband Innerschwyz und dem Kanton Zug sowie den Statutenentwurf für die Kehrichtverbrennungsanlage Fänn AG genehmigten die Delegierten am 28. Mai 1991. Für die Ausarbeitung des konkreten Projekts bewilligten sie dann noch einmal 100'000 Franken, und zwar am 10. Dezember 1992. Bis zum Ende des Jahrzehnts sollte die Anlage laufen. Die Schlacke würde dann nach Uri kommen. Doch es kam anders: Fänn scheiterte am Ende.

Inzwischen war die neue Deponie Eielen samt Umladestation für den Abtransport des Urner Kehrichts betriebsbereit. Im April 1989 hatte der Verband das Bauprojekt öffentlich aufgelegt. Zwar gingen Einsprachen ein, aber sie wurden zurückgezogen. Am 26. Juni 1989 erteilte der Regierungsrat die Projektgenehmigung. Drei Jahre später, im Herbst 1992, begann der Einbau von Schlacke. Nur stammte die Schlacke nicht aus der gemeinsamen Verbrennungsanlage von Uri, Zug und Innerschwyz, sondern aus Horgen. Dort war der Verband fündig geworden, als er eine Nachfolgelösung für den im Herbst 1992 endgültig auslaufenden Vertrag mit Oftringen suchte. Während der Urner Kehricht also neu in Horgen verbrannte, übernahm der Verband die gesamte Schlacke aus Horgen in die Deponie Eielen. Der Vertrag war auf fünf Jahre befristet, mit einer Option auf Verlängerung. Wieder einmal eine Lösung auf Zeit. Aber: Die Gebühren aus Horgen deckten sämtliche Kosten der Deponie. Ein schöner Fortschritt, zumal die Deponie bis dahin knapp 20 Millionen Franken gekostet hatte.

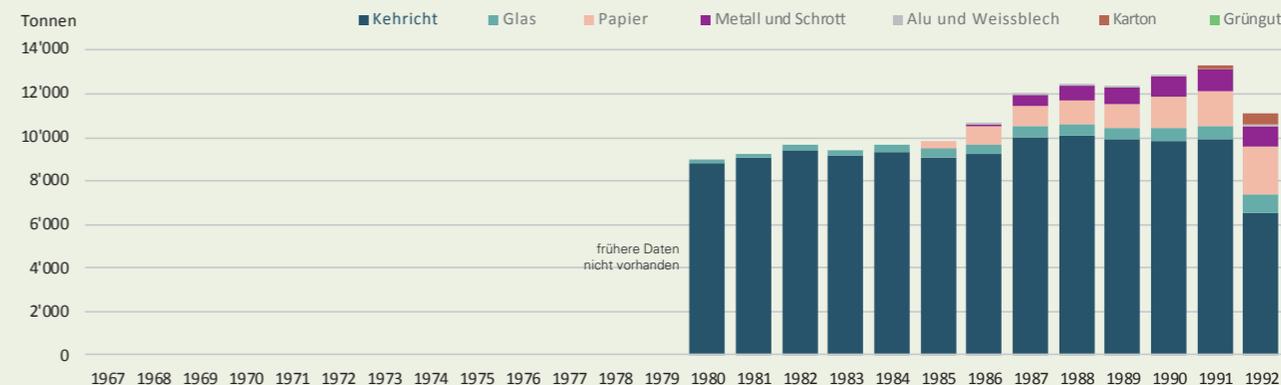
Schöne Fortschritte hatte der Zweckverband aber auch bei der Abfallverwertung erzielt. Im Jahr 1986 zog er erstmals den sogenannten Abfallfranken ein, und zwar in Form einer Abgabe von 3 Franken pro Haushalteinheit. Der Ertrag ging zum einen Teil an die Schweizerische Interessengemeinschaft für Abfallverminderung; mit dem anderen Teil half der Verband den Gemeinden bei Verbesserungen im Abfallwesen. Bedeutende Mittel flossen in die Gestaltung von Kompostierplätzen, in Grünabfuhr und – im Fall von Altdorf – in den Kauf einer Holzhackmaschine, die auch den anderen Gemeinden zur Verfügung stand. Denn kompostierbare Stoffe sollten nicht länger im Kehricht landen. Weitere Mittel flossen in Sammelstellen für wiederverwertbare Materialien.

Kehricht raus, Schlacke rein

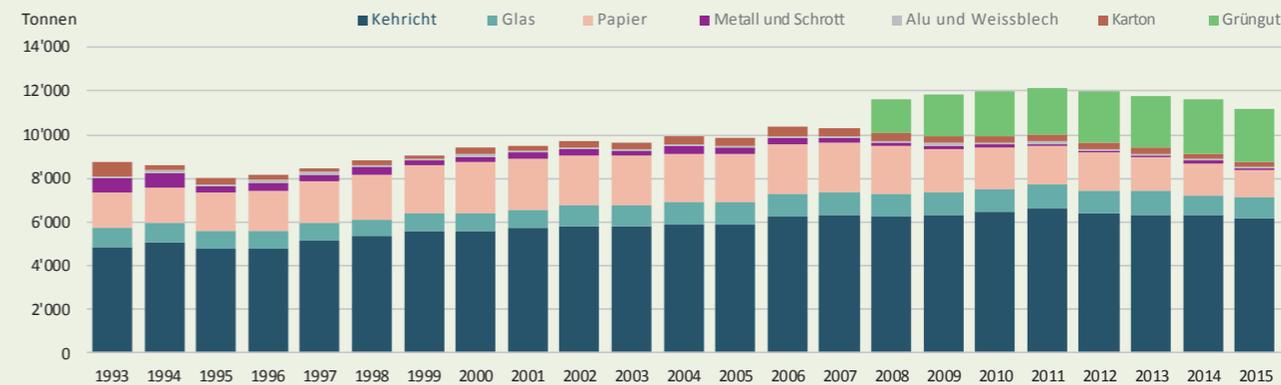
Impulse dank Abfallfranken



Menge und Zusammensetzung der Siedlungsabfälle, 1967 bis 1992



Menge und Zusammensetzung der Siedlungsabfälle, 1993 bis 2015





Auch Karton wurde als wiederverwertbarer Wertstoff entdeckt.

Die gelebte Praxis der Abfallverwertung fand ihren Niederschlag schliesslich in den Statuten des Verbands. Bisher war der Verbandszweck «die gemeinsame Erfüllung der Gemeindeaufgaben auf dem Gebiete der Kehricht-, Altöl- und Altglasbeseitigung». Am 28. November 1989 revidierte die Delegiertenversammlung das Organisationsstatut. Fortan lautet der Zweck: «Der Verband bezweckt die gemeinsame umweltgerechte Erfüllung der Gemeindeaufgaben für die Entsorgung von Siedlungsabfällen. Der Verband fördert die Massnahmen zur Verminderung von Abfällen und zu deren sinnvollen Wiederverwertung.» Alles Nähere dazu ordnete das neue Reglement über die Kehrichtabnahme. Die Betriebskommission erhielt ausdrücklich die Kompetenz, die Anlage von Sammeldepots und die Einführung von separaten Sammlungen anzuordnen. Diese Regelung stand übrigens ganz im Einklang mit der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA), die der Bund am 10. Dezember 1990 erliess und die bestimmte: «Die Kantone sorgen dafür, dass verwertbare Anteile von Siedlungsabfällen wie Glas, Papier, Metalle und Textilien soweit wie möglich getrennt gesammelt und verwertet werden.»

Neue Anreize für die Mülltrennung

Das Engagement des Zweckverbands für die Wiederverwertung war aber auch aus finanziellen Gründen bitter nötig. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre waren die

Kosten für die umweltgerechte und vorschriftsgemässe Entsorgung einer Tonne Kehricht geradezu explodiert. Da sich die Verbrennungskosten pro Tonne nicht senken liessen, musste die zu entsorgende Kehrichtmenge abnehmen. Die Bevölkerung sollte neue Anreize erhalten, den Müll künftig besser zu trennen. Ein probates Mittel war die Kehrichtsackgebühr. Sie entsprach auch dem inzwischen gesetzlich verankerten Verursacherprinzip. Nicht länger sollten die Entsorgungskosten gleichmässig auf alle Haushalteinheiten verteilt werden; künftig sollte jeder Einzelne für den von ihm produzierten Müll nach Menge zahlen. Diese Idee hatte die Betriebskommission 1972 erstmals aufgeworfen und Mitte der 1980er-Jahre erstmals studiert. Am Anfang waren die Delegierten noch skeptisch; sie befürchteten eine Zunahme von wilden Deponien. Doch am 22. Juni 1990 beauftragten sie die Betriebskommission, eine Vorlage zur Einführung der Sackgebühr zu erarbeiten. Die Kommission ging ans Werk, und schon ein halbes Jahr später genehmigten die Delegierten das «Entsorgungskonzept 1992». Es bettete die neue Gebühr in eine Reihe von flankierenden Massnahmen ein. Dazu gehörte vorab die Optimierung des Sammelstellennetzes und der Separatsammlungen.

Die Sammlungen von wiederverwertbaren Materialien wie Papier, Glas, Metall und Textilien waren an sich gut eingespielt und sollten für die Privathaushalte weiterhin kostenlos sein. Handlungsbedarf gab es indes bei den Sammelstellen in den Gemeinden. Um sie auszubauen und neue Sammelcontainer zu kaufen, bewilligten die Delegierten am 28. Mai 1991 einen Kredit von 400'000 Franken. Der Unterhalt der Sammelstellen war Sache der Standortgemeinde; Abfuhr und Entsorgung oblagen dem Verband. Weiteren Handlungsbedarf ortete er beim Muldengut – das heisst bei Bauresten, häuslichem Sperrmüll sowie bei Industrie- und Gewerbeabfällen. Um dieses Muldengut umweltgerecht und finanziell

Getrennt sammeln, zentral sortieren

tragbar zu entsorgen, bewilligten die Delegierten am 28. Mai 1991 auch einen Kredit von 3,4 Millionen Franken für den Bau einer Sortieranlage. Die Grünabfuhr blieb Aufgabe der Gemeinden.

«Üri a d Seck»

Aufs Ganze gesehen begründete das «Entsorgungskonzept 1992» nichts weniger als ein neues Kehrichtregime in Uri. Den rechtlichen Rahmen dafür schufen die Delegierten, indem sie am 28. Mai 1991 das Organisationsstatut erneut revidierten. Ebenso revidiert wurde das Reglement über die Kehrichtabnahme aus dem Jahr 1989. Es hiess neu: Reglement über die Kehrichtabnahme und die Benützergebühren. Das Reglement für die einheitliche Bewertung von angeschlossenen Haushaltungen sowie Industrie-, Gewerbe-, Militär- und Landwirtschaftsbetrieben sowie das Reglement zur Verteilung der Kosten auf die Gemeinden wurden aufgehoben. Somit musste die Entsorgung der Siedlungsabfälle neu mit verursachergerechten Gebühren, mit Sockelbeiträgen der Verbandsgemeinden, mit Leistungen Dritter sowie mit dem Erlös aus dem Verkauf von gesammelten Rohstoffen finanziert werden. Die Gebühren erhob der Verband, indem er Kehrichtsäcke sowie Marken für Container und Sperrgut vertrieb. Grosslieferanten zahlten nach Gewicht. Am 1. März 1992 startete das neue Regime. Die begleitende Werbekampagne lief unter dem Slogan «Üri a d Seck». Die Akzeptanz im Volk war hoch, die Wirkung durchschlagend. Innert Jahresfrist halbierte sich die Kehrichtmenge auf 5'000 Tonnen.

Lücke solid geschlossen

So war es dem Verband bis zum Beginn der 1990er-Jahre dank moderner Technik und einem nachhaltig gewandelten Umweltbewusstsein geglückt, die neuerliche Lücke zwischen modernem Abfallverhalten und herrschender Entsorgungspraxis zu schliessen – obschon anders als ursprünglich gedacht. Damit endet auch das erste Vierteljahrhundert der Verbandsgeschichte. Das einst angestreb-

te Ziel einer ebenso sauberen wie billigen wie innerkantonalen Entsorgung gehörte endgültig der Vergangenheit an. Die neu gefundene Losung hiess: Getrenntes Sammeln von wiederverwertbaren Materialien, saubere Verbrennung von nicht verwertbarem Kehricht ausserhalb von Uri, saubere Ablagerung der Schlacke in der Deponie Eielen, solide Finanzierung gemäss Verursacherprinzip. An dieser Losung würde der Verband im zweiten Vierteljahrhundert seines Bestehens mit Erfolg festhalten.

Stelldichein auf der Deponie: (von links) Urs Hel (Büro für Kies und Abfall AG), Emilio Baldini (Paul Baldini AG), Rolf Gisler (Vizepräsident des Verbands und Bauchef), Edi Schilter (Projekta AG), Stefan Stüssi (BEFAG Betonvorfabrikation AG) und Werner Gut (KVA Horgen).





MEHR BEWIRTSCHAFTEN STATT BESEITIGEN

Das neben- und ehrenamtliche Engagement für den Verband erreicht Ende der 1980er-Jahre seine Grenzen. Ein Geschäftsführer muss her. Er kommt und hilft mit, einen Kehrichtbeseitiger in einen Abfallbewirtschafter zu verwandeln. An allen Fronten wird erfolgreich optimiert und rationalisiert. Nur auf dem Weg zur Kehrichtverbrennungsanlage Fänn stolpert der Verband. Dafür macht er aus der Eielen nicht nur eine Musterdeponie, sondern auch eine Goldgrube.

Beginnen wir diesmal mit den Menschen. Fähige Köpfe engagierten sich seit der Gründung scharenweise zugunsten des Zweckverbands für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri. Für eine bescheidene finanzielle Entschädigung stellten sie viel Kraft und Zeit in den Dienst des Verbands. Ihre Aufgabe war schwierig und oft genug mit öffentlichen Anfeindungen verbunden; doch sie musste getan werden. So fand der Verband immer wieder Persönlichkeiten, die mehr oder weniger ehrenamtlich bereit waren, eine kraft- und zeitraubende Funktion in der strategischen und operativen Führung zu übernehmen. Dieses immense freiwillige Engagement erklärt auch, weshalb der Verband viele Jahre lang mit nur ganz wenigen professionell tätigen, sprich ordentlich angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auskommen konnte. So verfügte er im ersten Jahrzehnt seines Bestehens lediglich über einen Deponiewart sowie einen nebenamtlichen Sekretär und Rechnungsführer. Letztere zwei Funktionen versah der damalige Gemeindegemeinschafter von Isenthal, Michael Walker, und zwar über zehn Jahre lang. Die Nachfolge im Sekretariat übernahm Carla Herger aus Seedorf. Ihr folgte Mitte 1985 der damalige Gemeindegemeinschafter von Silenen, Josef Zurfluh. Zu Michael Walkers

Nachfolger als Rechnungsführer wählten die Delegierten am 12. November 1982 den damaligen Gemeindegemeinschafter von Unterschächen, Alois Arnold. Sowohl Alois Arnold als auch Josef Zurfluh traten Ende 1987 zurück. Neue Sekretärin wurde Madlen Zraggen aus Attinghausen, neuer Rechnungsführer Martin Schuler aus Seedorf.

In der Betriebskommission erreichte die anfallende Arbeitslast derweil die Grenze des Zumutbaren. Um gegenzusteuern, führte die Kommission das Ressortsystem ein. Ausserdem schuf der Verband die Stelle eines Geschäftsführers. Am 28. November 1989 genehmigten die Delegierten die erforderliche Änderung des Organisationsstatuts. Ein Jahr später, am 1. Oktober 1990, trat der damals 44-jährige Beat Huwyler die neue Stelle an. Somit konnte der Verband ins zweite Vierteljahrhundert seiner Geschichte mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer starten, und dieser Geschäftsführer hatte ab der ersten Stunde alle Hände voll zu tun. Zunächst musste er mit der Betriebskommission das «Entsorgungskonzept 1992» einführen und weiterentwickeln. Das bedeutete, wie wir gesehen haben: Alle wiederverwertbaren Materialien getrennt sammeln, den nicht verwertbaren

Der
Geschäftsführer
kommt

Kehricht ausserhalb von Uri sauber verbrennen, die anfallende Schlacke in der Eielen deponieren und alles das gemäss Verursacherprinzip solid finanzieren. Die Umsetzung dieses Konzepts hatte weitreichende Folgen – zunächst für Sammlung und Transport.

Epochenwechsel beim Einsammeln

Bis 1992 hatte Unternehmer Josef Bissig für den Sammel- und Transportdienst insgesamt zehn Personen im Einsatz gehalten: drei Chauffeure und sechs Belader für die drei Sammelequipes sowie einen Chauffeur für die Fahrten zur Verbrennungsanlage. Zur Verfügung standen bis anhin sieben Fahrzeuge. Doch dann halbierte die Sackgebühr die Kehrichtmenge, in allen Gemeinden wurde nur noch eine Abfuhr pro Woche nötig, und in der neu eröffneten Umladestation in der Eielen konnten die Sammelwagen den Kehricht in Grosscontainer abladen. Daher brauchte der Verband plötzlich deutlich kleinere Transportkapazitäten. Im Lauf des Jahres 1992 sank der Personalbestand für den Sammel- und Transportdienst auf sechs; der Fahrzeugbestand verringerte sich auf zweieinhalb. Ab 1. März 1995 – inzwischen hatte Thomas Bissig den Betrieb von Vater Josef übernommen – standen nur noch zwei Sammelfahrzeuge und vier Personen im Einsatz. Drei Jahre später kündigte der Verband den Vertrag mit der Transportfirma Bissig auf den 31. Dezember 1999, um den

Kamil Imhof leert einen Container in einen modernen Sammelwagen.

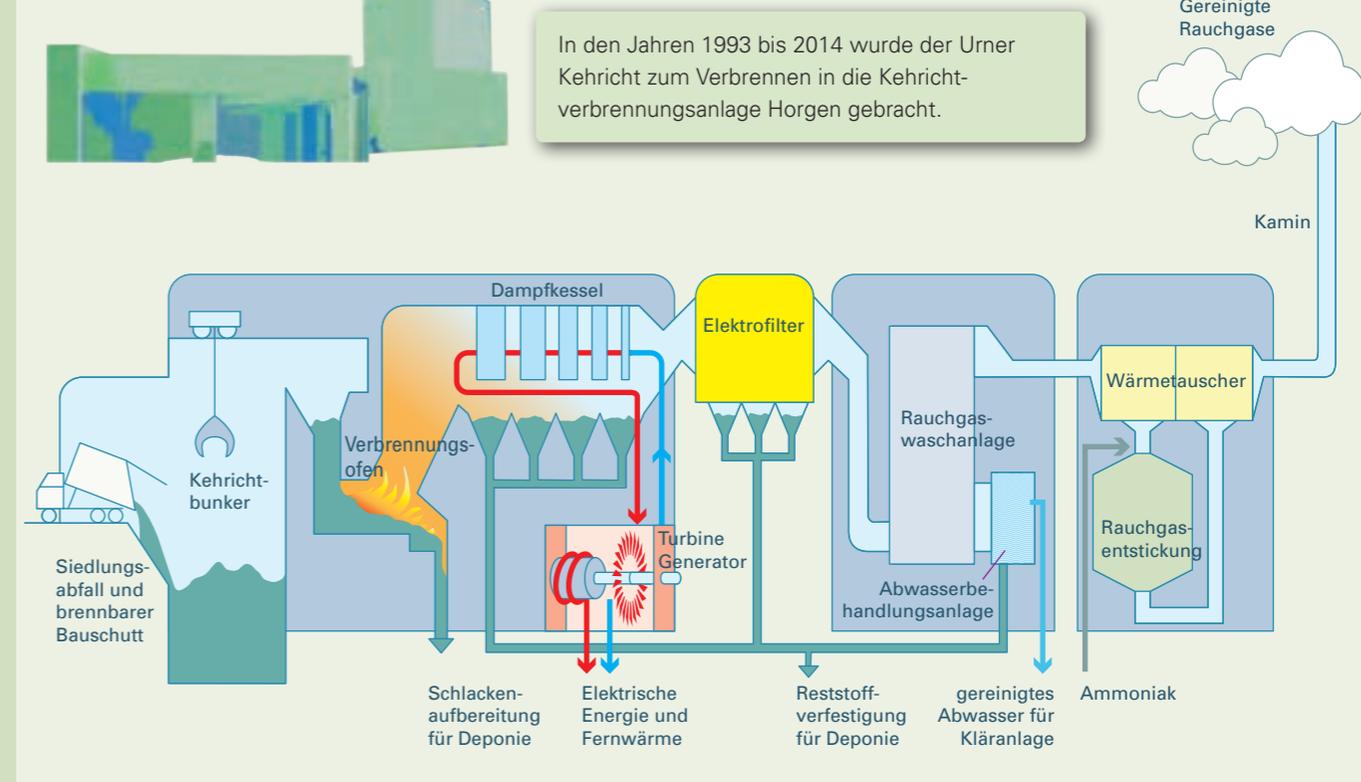


Sammeldienst für die Siedlungsabfälle neu auszuschreiben. Gleichzeitig prüfte der Verband, das Einsammeln künftig in Eigenregie auszuführen. Aus Kostengründen beschlossen die Delegierten am 17. Mai 1999, weiterhin einen externen Anbieter zu beauftragen. Den Zuschlag erhielt der günstigste: das Transportunternehmen von Peter und Ruedi Mattli aus Wassen. Damit fand die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen dem Verband und der Transportfirma Bissig am 31. Dezember 1999 ihr Ende. Im Sammeldienst begann eine neue Epoche.

Doch zurück ins Jahr 1992. Weitreichende Folgen hatte das neue Entsorgungskonzept auch für die Entwicklung der Wertstoffbewirtschaftung in Uri. Der Verband forcierte die Separatsammlungen und das dezentrale Kompostieren, und die Menge der gesammelten Wertstoffe stieg sprunghaft. Da stellte der Verband plötzlich fest, dass er einen falschen Namen trug. «Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri» war im Grunde ein Überbleibsel aus alten Abfallzeiten. Nicht mehr die Beseitigung von Kehricht war jetzt der Kern des Verbandsgeschäfts, sondern die Bewirtschaftung. Darum änderten die Delegierten am 22. Juni 1993 im Rahmen einer Revision des Organisationsstatuts den Verbandsnamen: in Zweckverband für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri – abgekürzt ZVAB. Neu bestimmt wurde auch der Zweck: «Der Verband bezweckt die gemeinsame umweltgerechte Erfüllung der Gemeindeaufgaben im Bereich der Bewirtschaftung von Abfällen, insbesondere von Siedlungsabfällen.» Ausserdem weitete der Verband die Annahmepflicht auf Gifte, Medikamente und Chemikalien aus, sofern es sich dabei nur um Kleinmengen aus Haushaltungen handelte. Annahmestellen für solche Kleinmengen blieben wie bisher Apotheken und Drogerien. Sie sortierten die Ware und brachten sie ins Zwischenlager bei der Kläranlage Altdorf. Dort wurden die Stoffe von Mitarbeitern des Laboratoriums der Urkantone zur

Beseitigung war gestern

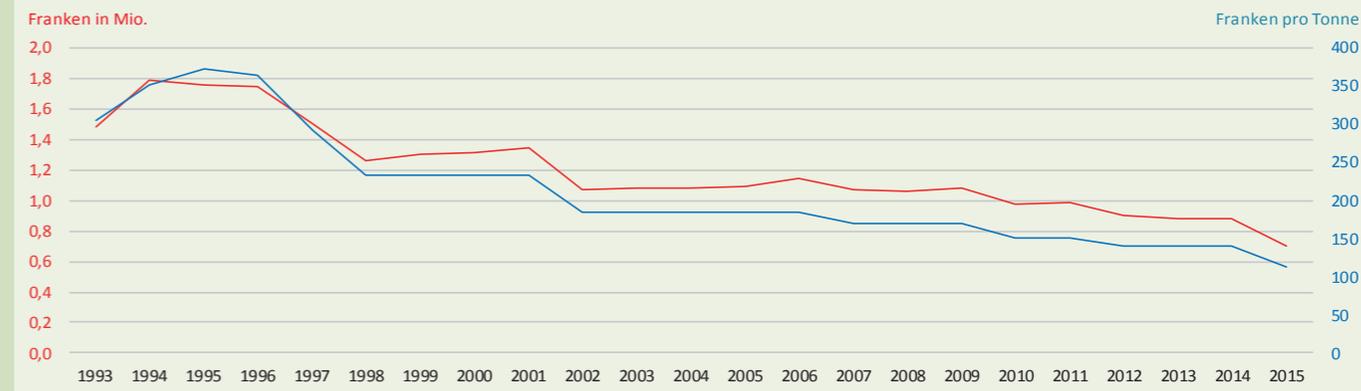
KVA Horgen



Grafik: Anja Wild / Quelle: Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen

Kosten für die Verbrennung des Kehrichts, 1993 bis 2015

Jahre 1967 bis 1992 siehe Seite 33



Quelle: ZAKU AG



Sammelstelle beim Schulhaus Isenthal im Jahr 2006.

Entsorgung abgeholt. Da nun wegen des Ausbaus der Kläranlage Altdorf das bisherige Zwischenlager aufgehoben wurde, übernahm der Verband den Bau eines neuen. Dafür bewilligten die Delegierten am 1. März 1993 einen Kredit von 150'000 Franken. Ein Jahr später lancierten sie das «Entsorgungskonzept '96». Im Rahmen dieses Konzepts eröffnete der Verband im Oktober 1996 eine zentrale, bediente Sammelstelle in der Eielen. Dort konnte die Bevölkerung fortan Wertstoffe abgeben. Bei den Containern des Gewerbes wechselte der Verband im Jahr 1997 von der Volumen- zur Gewichtsgebühr; zwei Sammelfahrzeuge erhielten eine Wägeeinrichtung. Eine weitere grössere Änderung betraf den Karton: Anfang 1998 stellte der Verband im gesamten Einzugsgebiet auf die Strassensammlung um. Bei der Entsorgung von Grüngut konnte er ab 2003 in einigen Gemeinden verbesserte Lösungen anbieten; im Folgejahr optimierte der Verband die Glassammlung. Das Einsammeln der Wertstoffe besorgten externe Vertragspartner.

Referendum auf dem Weg nach Fänn

Nicht verwertbarer Urner Kehricht verbrannte derweil noch immer in Horgen. Zwar hätte bis zum Ende der 1990er-Jahre in Fänn die gemeinsame Verbrennungsanlage von Uri, Zug und Innerschwyz in Betrieb gehen sollen. Doch wieder einmal kam es anders als geplant. Am

26. September 1993 fand das Projekt ein jähes Ende. In einem Referendum lehnten die Stimmberechtigten des Kantons Zug die Anlage in Fänn ab. Die Gründe dafür waren vielfältig. Zum einen hatte sich eine breite Diskussion zur Frage nach dem zeitgemässen Verbrennungsverfahren entfacht. Zum anderen schienen bereits genug Verbrennungskapazitäten vorhanden zu sein, zumal die schweizweit ergriffenen Massnahmen zur Vermeidung und zur Wiederverwertung von Abfall Wirkung zeigten.

Den Verantwortlichen im Zweckverband bereitete das Referendum auf dem Weg nach Fänn indes keine ernstzunehmenden Sorgen, denn die Zusammenarbeit mit Horgen war einwandfrei. So beschlossen die Delegierten am 12. Mai 1997, diese Zusammenarbeit zu verlängern und einen neuen Vertrag zu schliessen. Er trat am 1. Juni 1997 in Kraft und dauerte bis 31. Mai 2002. Später verlängerten die beiden Vertragspartner die Zusammenarbeit bis Ende 2006 und danach bis Ende 2011. Auf Betreiben der Zürcher Kantonsregierung musste der Transport ab 1. Juni 1997 jedoch per Bahn erfolgen. Als Übergabeort wurde der Bahnhof Altdorf bestimmt. Mit dem Wechsel von der Strasse auf die Schiene verdoppelten sich die Transportkosten. Demgegenüber sanken die Verbrennungskosten. Nichts änderte sich am Grundsatz «Kehricht gegen Schlacke». Das bedeutete konkret: Auf dem Hinweg nach Horgen transportierten die Fahrzeuge den Kehricht aus Uri; auf dem Rückweg führten sie die Schlacke aus Horgen mit.

Die Schlacke aus Horgen wurde samt und sonders in der Deponie Eielen eingebaut. Von 1994 bis 2004 liess der Verband auch Rückstände aus der Horgener Rauchgasreinigung einbauen. Diese Rückstände bereitete die BEFAG Betonvorfabrikation AG in Flüelen auf, um sie anschliessend in der Eielen einzugiessen. Wie sich schnell zeigte, hatte der Verband mit der Eröffnung der Deponie

Verlängerung für Horgen

Eine Musterdeponie als Goldgrube

ein höchst erfolgreiches Geschäftsmodell lanciert. Dank den Deponiegebühren konnte der Verband bald darauf verzichten, die Sockelbeiträge der Verbandsgemeinden zu erheben. Mehr noch: Für das Jahr 1999 schüttete der Verband zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Überschuss an die Gemeinden aus. Und es sollte noch besser kommen: Im Rahmen einer Submission der Stadt Zürich sicherte sich der Verband im Dezember 2000 eine bedeutende Menge Schlacke, die von 2001 bis 2003 eingebaut werden konnte und neue Einnahmen generierte. Weitere Verträge mit anderen Lieferanten folgten. Daher bewilligten die Delegierten am 19. November 2001 leichten Herzens einen Kredit von 1,75 Millionen Franken für den Bau einer stationären Anlage zur Entschrottung von Schlacke. Aber nicht nur finanziell entwickelte sich die Deponie erfreulich. Die Überwachung des Betriebs zeigte, dass sich auch alle Auflagen des Umweltschutzes erfüllen liessen. Somit war es dem Verband in der Tat geglückt, seinen Traum zu verwirklichen und eine eigene Musterdeponie neuen Typs zu errichten. Von Zuständen wie ehemals in der Schwändi keine Spur!

Mehr Arbeit, mehr Mitarbeitende

Alles in allem, so darf man heute sagen, hatte der Verband in den Jahren vor und nach der Jahrtausendwende einen glänzenden Lauf. Franz Xaver Muheim, der auf Anfang 1995 die Nachfolge von Präsident Ernst Naef angetreten hatte, führte eine erfolgreiche Organisation. Die Arbeit lief rund, aber sie wurde immer grösser. Daher mussten mehr personelle Ressourcen her. Mit der Wartung der Deponie Eielen hatte der Verband in den ersten Jahren das Transportunternehmen Bissig beauftragt. Doch am 1. Oktober 1997 stellte der Verband einen eigenen Deponiewart ein, und zwar in der Person von Markus Arnold aus Attinghausen. In den Diensten des Zweckverbands standen damit bereits zwei hauptamtliche Mitarbeiter: der Deponiewart und der Geschäftsführer. Wenig später schuf der Verband noch ein Teil-

pensum für den administrativen Bereich. Im Gegenzug zu diesen personellen Verstärkungen gab Martin Schuler seine Aufgabe als nebenamtlicher Rechnungsführer auf. Gleiches hatte Ende 1995 bereits Sekretärin Madlen Zraggen getan. Beide Funktionen – so alt wie der Verband selbst – gingen in der Geschäftsstelle auf. Und schon wenige Jahre später sollte den Zweckverband für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri dasselbe Schicksal ereilen. Er sollte in einer neuen Organisation aufgehen. Bleiben würde das seit Juli 2005 offizielle Namenskürzel: ZAKU.

Aufbereitung und Einbau von Schlacke in der Deponie Eielen im Jahr 2003.





ZAKU HEUTE UND MORGEN

Mit einem neuen Gesetz verwandeln die Urnerinnen und Urner den Zweckverband in eine Aktiengesellschaft. Diese führt die Sammlung von Grüngut ein und entwickelt das Geschäftsmodell Deponie erfolgreich weiter. Und als ob das nicht schon gut genug wäre, verwirklicht sich erst noch ein lange gehegter Traum der Gründerväter des Zweckverbands. Allerdings ein wenig anders, als er einst geträumt wurde.

Der ZAKU ist tot, es lebe die ZAKU!

Das Ende ist ein neuer Anfang. Am 19. November 2007, um 19.00 Uhr, treffen sich die Vertreterinnen und Vertreter der neunzehn angeschlossenen Gemeinden zur letzten Delegiertenversammlung des Zweckverbands für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri. Den Vorsitz führt Präsident Franz Xaver Muheim. Der Versammlungsort im Hotel Schlüssel in Altdorf liegt nur einen Katzensprung entfernt vom Landratssaal, wo der Verband 41 Jahre vorher gegründet wurde. Die Versammlung selber dauert bloss 20 Minuten. Der Schluss – ein Schlussstrich unter eine bewegte Vergangenheit mit vielen Höhen und wenigen Tiefen – nimmt sich im Protokoll recht nüchtern aus: «Mit dem Dank an alle Beteiligten für die angenehme und gute Zusammenarbeit schliesst der Präsident die 67. ordentliche Delegiertenversammlung.» Das wars.

Eingeläutet worden war das Ende des Zweckverbands bereits acht Monate vorher. Am 11. März 2007 beschlossen die Stimmberechtigten des Kantons Uri das kantonale Umweltschutzgesetz. Es verlangte, dass die Gemeinden des Kantons für die Entsorgung der Siedlungsabfälle eine Aktiengesellschaft nach kantonalem

Recht gründen. Diese Gesellschaft muss dafür sorgen, «dass im ganzen Kanton Siedlungsabfälle, Gartenabfälle, organische Abfälle aus Gewerbebetrieben und Abfälle, deren Inhaberin oder Inhaber nicht ermittelt werden kann oder zahlungsunfähig ist, vorschriftsgemäss entsorgt werden». Für diesen Aufgabenbereich hat die Gesellschaft per Gesetz das Monopol. Um die Entsorgung zu finanzieren, muss sie kostendeckende und verursachergerechte Gebühren erheben. Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung der Aktionärsgemeinden; sie wählt den Verwaltungsrat, der das

Die Renaturierung des ehemaligen Steinbruchs macht sichtbare Fortschritte.



Unternehmen führt. Im Übrigen stärkte das neue Gesetz die Mitbestimmungsrechte der Stimmberechtigten. Beschlüsse über neue Ausgaben von mehr als 5 Millionen Franken unterstehen seither dem Referendum; ab 10 Millionen Franken gilt die obligatorische Volksabstimmung. Auch den Namen der neuen Gesellschaft regelte das kantonale Umweltschutzgesetz. Unverändert blieb das Kürzel ZAKU. Es stand nun aber nicht mehr für Zweckverband für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri, sondern neu für Zentrale Organisation für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri. Diese Organisation trat am 19. November 2007, um 21.00 Uhr, also nach der letzten Delegiertenversammlung des alten Verbands, zu ihrer ersten Generalversammlung zusammen.

Der neue Präsident ist der alte: Franz Xaver Muheim. Im Hotel Schlüssel in Altdorf begrüsst er die Gemeindevertreterinnen und -vertreter. Alle Aktien wurden nach Bevölkerungszahl auf die Gemeinden verteilt – und zwar auf alle zwanzig. Denn diesmal ist auch Seelisberg dabei. Die nördlichst gelegene Urner Gemeinde musste sich in die ZAKU einkaufen. Ihr Abfall wurde danach weiterhin vom Kehrichtverwertungsverband Nidwalden gesammelt und entsorgt; nur war der Vertragspartner ab 2008 nicht mehr Seelisberg, sondern die ZAKU. So sind denn am 19. November 2007 im Hotel Schlüssel nebst dem Vorsitzenden versammelt: Barbara Bär und Stefan Planzer für Altdorf, Yvonne Baumann für Andermatt, Othmar Arnold für Attinghausen, Peter Aschwanden für Bauen,

Diesmal mit Seelisberg

Rolf Zurfluh für Bürglen, Urs Aschwanden und Paul Jans für Erstfeld, Simon Arnold für Flüelen, Willi Steiner für Göschenen, Alex Tresch für Gurtellen, Marco Monn für Hospental, Monika Aschwanden für Isenthal, René Nager für Realp, René Zraggen für Schattdorf, Louis Zurfluh und Vreni Müller für Seedorf, Verena Truttmann und Werner Truttmann für Seelisberg, Anton Zberg für Silenen, Robert Fischer für Sisikon, Franz Gisler für Spiringen, Josef Müller für Unterschächen und Daniel Kalbermatter für Wassen. Sie alle heissen das Reglement über die Abfallabnahme und die Benützergebühren sowie das Reglement über die Entschädigung der Organe der ZAKU gut, genehmigen das Budget für das Jahr 2008, stimmen der offenen Ausschreibung für die Transportleistungen zwischen Attinghausen und Horgen zu und nehmen den mündlichen Bericht zur Deponie Eielen zur Kenntnis. «Mit dem Dank an alle Beteiligten», so das Protokoll, «schliesst der Präsident die 1. ausserordentliche Generalversammlung und lädt alle zu einem Imbiss ein.»



Vision für die Zukunft:
Modell der vollständig renaturierten Deponie Eielen.

gung von Gartenabfällen und organischen Abfällen aus Gewerbebetrieben war von Gesetzes wegen ja neu die ZAKU zuständig. Also startete der alte Verband schon im April 2007 die für Privathaushalte kostenlose Strassensammlung von Gartenabfällen. Gesammelt wurde von da an in der Vegetationszeit von April bis November, und zwar jede zweite Woche. Zugelassen wurden grüne Sammelbehälter aus Kunststoff. Die kostenpflichtige Sammlung von organischen Abfällen aus Gewerbebetrieben startete Anfang 2008. Verwertet – und zwar zu Ökostrom, Wärme und Dünger – wurde das organische Material in den ersten Jahren im damals neu eröffneten Biomassekraftwerk der Green Power Uri AG in Altdorf.

Und in der Eielen? Dort, in einer ehemaligen Armeebarracke, hatte die ZAKU eine neue Sammelstelle gebaut; diese ging im Frühling 2007 in Betrieb. Nebenan stand das Betriebsgebäude. Und gleich dahinter wuchs die Deponie in die Höhe, und zwar weiterhin höchst profitabel. Bis Ende 2006 war die erste Etappe fertig. Aber schon stand die zweite Etappe bereit, und die Planung für die dritte lief 2008 an. Dank dieser dritten Etappe würde die ZAKU auch künftig genügend Erträge generieren, um ihren Aktionären eine Dividende auszuschüt-

Profitables Wachstum

Das heutige Zentrum der ZAKU in der Eielen.



Strom aus Grüngut

Mit dem kantonalen Umweltschutzgesetz erhielt die ZAKU also ihr heute rechtsgültiges Kleid als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mit Sitz in Attinghausen. Für Betrieb und Organisation änderte sich indes wenig. Die operative Führung oblag noch immer dem Geschäftsführer. Dieser hiess inzwischen Bernhard Indergand. Der Erstfelder hatte seine Funktion im Jahr 2003 – nach dem plötzlichen Tod von Beat Huwylar – übernommen und führte seither das Team der Angestellten. Dieses Team war weiterhin klein, denn weiterhin beauftragte die ZAKU externe Unternehmen mit wesentlichen Aufgaben. So blieb die gesamte Abfallsammlung im Verbandsgebiet bei der Mattli AG aus Wassen. Ebenso extern wurde die Wertstoffsammlung ausgeführt. Eine wichtige Veränderung brachte das kantonale Umweltschutzgesetz jedoch fürs Grüngut. Für die Entsor-



Fitnesskur mit dem «Oberkomposti»

«Abfall ist seit jeher etwas Besonderes», sagt Franz Xaver Muheim. «Abfall zieht auch ganz bestimmte Menschen an. In Südtalien zum Beispiel ist es die Mafia, die sich um die Abfallentsorgung kümmert.» Die Nähe zum Verbrechen war es natürlich nicht, die Franz Xaver Muheim im Jahr 1995 an die Spitze des Zweckverbands für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri führte. Vielmehr hatte der Altdorfer Rechtsanwalt den Verband bereits lange Zeit zuvor in juristischen Fragen beraten. So kam die Anfrage des damaligen Präsidenten Ernst Näf, die Führung des Verbands zu übernehmen, für Franz Xaver Muheim eigentlich nicht ganz so überraschend. «Jedenfalls sagte ich sofort zu», erzählt Franz Xaver Muheim. «Als Anwalt war ich ja immer nur in beratender, aber nie in entscheidender Funktion tätig. Nun erhielt ich die Möglichkeit, selber etwas zu entscheiden und zu bewegen.» Und zu bewegen gab es viel.

«Die grösste Herausforderung war wohl, das Wachstum der ersten drei Jahrzehnte zu konsolidieren und den Verband selber von einer Art Verwaltungsabteilung in ein modernes Unternehmen zu verwandeln», sagt der 64-jährige Franz Xaver Muheim im Jubiläumsjahr der ZAKU. «Ich vertrat die Auffassung, dass der Zweckverband nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden sollte. Unsere Kundinnen und Kunden hatten einen Anspruch darauf, dass ihre Gebühren im richtigen Verhältnis zur erbrachten Leistung standen.» Den neuen Kontenplan für den Verband erstellte Franz Xaver Muheim eigenhändig. Ausserdem gliederte er den Zweckverband in die drei Sparten Abfallentsorgung, Deponiebetrieb und zentrale Dienste. Um den steigenden Preisen gegenzusteuern, schrieb der Verband unter Franz Xaver Muheim alle externen Leistungen nach und nach neu aus. «Wir nutzten die damals neuen Regeln im öffentlichen Beschaffungswesen

als Instrument, um die Konkurrenz spielen zu lassen.» Das brachte dem Verband zwar persönliche Anfeindungen und sogar Gerichtsverfahren ein; doch die Preise für Sammeldienst und Transport, für Verbrennung und Schlackenannahme entwickelten sich zugunsten des Verbands und dessen Kunden. Bei den Kosten für den Sammeldienst – gerechnet pro Tonne – war der Zweckverband am Ende sogar der günstigste weit und breit, obschon das Verbandsgebiet wegen der Topografie und der Streusiedlungen eigentlich ein schwieriges Sammelterrain war.

Franz Xaver Muheim setzte sich somit fast zwei Jahrzehnte lang dafür ein, den Verband wirtschaftlich fit zu trimmen. Mit durchschlagendem Erfolg: Schon bald liessen sich alle neuen Anlagen jeweils sofort abschreiben, und der Deponiebetrieb entwickelte sich zur Cashcow der Gemeinden. Franz Xaver Muheim seinerseits avancierte zum mit Abstand dienstältesten Präsident der Verbandsgeschichte, wofür er von seiner Frau den schönen Ehrentitel «Oberkomposti» erhielt. Mitte 2012 ging die Ära Muheim zu Ende. Franz Xaver Muheim übernahm das Verwaltungsratspräsidium der Renergia Zentralschweiz AG und legte sein Amt bei der ZAKU nieder. «Der Abschied fiel mir schwer», sagt Franz Xaver Muheim, «zum einen aus menschlichen Gründen, zum anderen von der Aufgabe her.»

Freilich ist auch die Führung der Renergia eine schöne herausfordernde Aufgabe. Die erste Herausforderung war, die Anlage termingerecht sowie im Rahmen des Budgets und der qualitativen Vorgaben zu erstellen. Das gelang. Die jetzige Herausforderung ist, die Anlage finanziell erfolgreich zu betreiben. Keine leichte Aufgabe, zumal die Betriebskosten wenig Spielraum für Einsparungen lassen, während die Preise für Strom in den vergangenen Jahren eingebrochen sind und die Papierfabrik Perlen – die Ab-

nehmerin des Dampfes – mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpft. Immerhin kann Franz Xaver Muheim bei der Renergia auf einen gut ausgebauten Stab zählen. «Bei der ZAKU liefen wir personell auf dem Zahnfleisch, da steckte ich tief im operativen Geschäft drin», sagt Franz Xaver Muheim. Um augenzwinkernd zu ergänzen: «Bei der Renergia muss ich eigentlich nur noch meine Reden selber schreiben.»

Die Renergia Zentralschweiz in Perlen entfachte Anfang 2015 das Feuer; seit dem 23. Februar 2015 rollt der Urner Kehrriecht dorthin.





Randabdichtung in der Deponie Eielen im Jahr 2010.

ten und allfällige Defizite aus der Abfallbewirtschaftung decken zu können. Die eingebaute Schlacke stammte übrigens noch immer zum schönen Teil aus Horgen, wo die ZAKU den Urner Kehricht verbrennen liess. Kehricht und Schlacke wurden in den Jahren 2007 und 2008 kurzzeitig auf der Strasse transportiert; danach kam wieder die Kombination von Strasse und Schiene zum Einsatz. Den glänzenden Lauf, den der alte Zweckverband zur Jahrtausendwende hatte, setzte die neue ZAKU nahtlos fort. Fast möchte man sagen, ewig hätte es so weitergehen können. Ging es aber nicht. Und das war gar nicht mal schlecht.

Mit Volldampf in die Zukunft

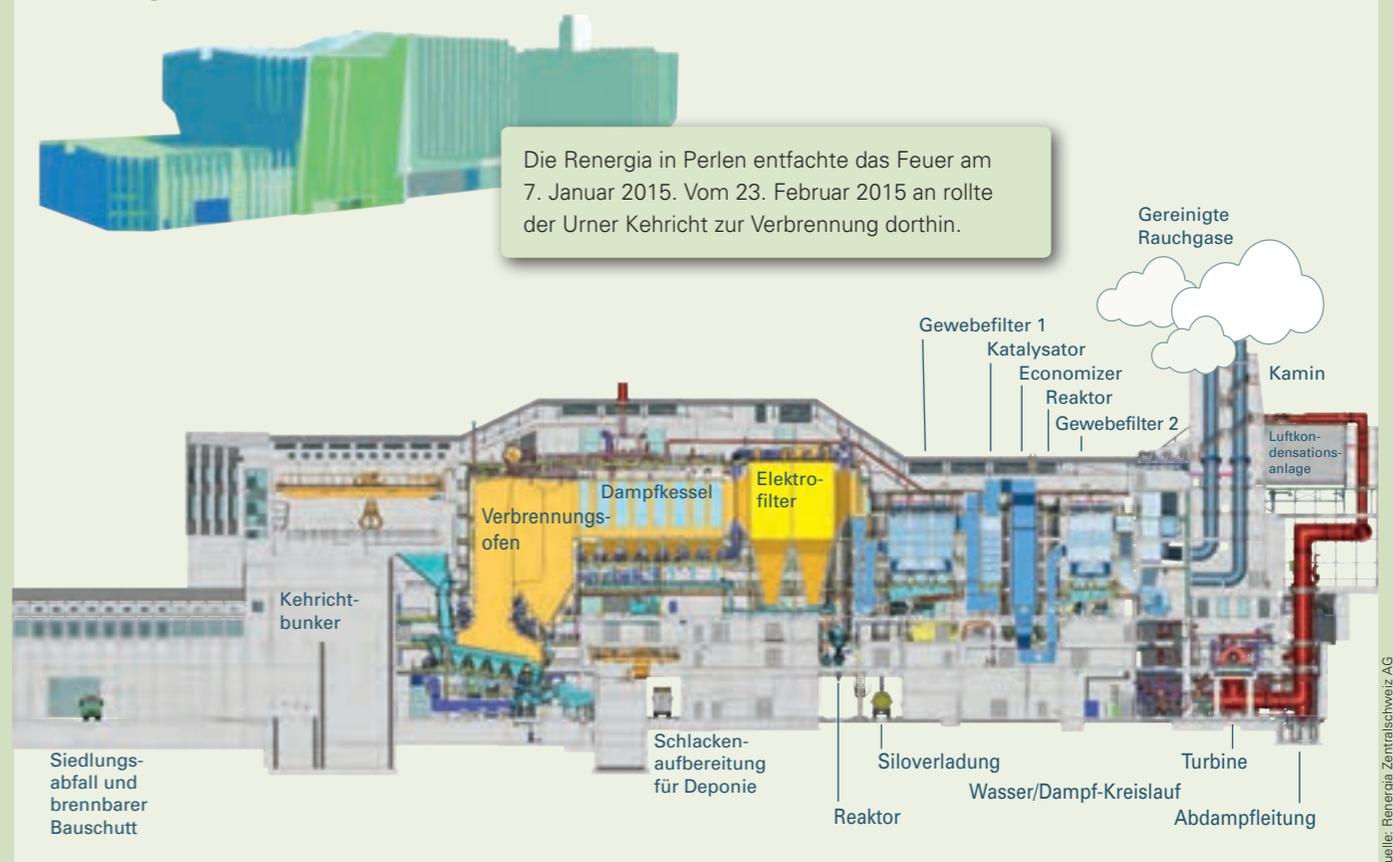
Dass es nicht ewig wie bisher weitergehen konnte, hatte einen einfachen Grund: Keine Kehrichtverbrennungsanlage auf dieser Welt hält ewig. Zwar konnte die ZAKU den Vertrag mit Horgen noch einmal verlängern, doch ab 2015 würde Schluss sein, denn in Horgen stand ein Umbau an. Da traf es sich gut, dass auch die Verbrennungsanlage Luzern ihre Lebensdauer erreicht hatte. Ein Neubau bot die Chance, das Verbrennungsproblem in der ganzen Zentralschweiz auf einen Schlag zu lösen. Und so ging es denn wirklich Schlag auf Schlag weiter. Unter dem Namen Renergia sammelten sich im Jahr 2009 die Träger der Abfallwirtschaft aller Zentralschweizer Kan-

tone. In Perlen wollten sie nicht einfach eine Verbrennungsanlage bauen, sondern ein hochmodernes Kraftwerk, das den Zentralschweizer Abfall als Brennstoff nutzt, um Dampf und Strom zu produzieren: Dampf für die unmittelbar benachbarte Papierfabrik Perlen, Strom fürs allgemeine Netz. Die Papierfabrik konnte sich so unabhängig vom Heizöl machen, die Abfallbewirtschaftung sparte Verbrennungskosten und Transportkilometer für lange Kehrichtexporte, und die ZAKU hoffte auf Schlacke aus dem neuen Werk. Darum arbeitete die ZAKU von Beginn an aktiv am Projekt Renergia mit. Am 28. Februar 2012 gründeten die Zentralschweizer Abfallbewirtschaftler die Renergia Zentralschweiz AG, an der sich die ZAKU mit den vorgesehenen 3,8 Prozent beteiligte. «Für die ZAKU AG bedeutet die Beteiligung an der Renergia Zentralschweiz AG, dass die Entsorgung der Urner Abfälle auf Jahrzehnte hinaus gesichert ist», schrieb Präsident Franz Xaver Muheim im Bericht über das Jahr 2011. «Zudem werden die Kosten dafür sinken, denn die Transporte können so langfristig organisiert werden, und die lokalen Verbrennungspreise sind tiefer.»

Bis Ende 2011 lag die Baubewilligung vor, am 13. September 2012 war Spatenstich. Am 17. September 2013 schliesslich konnte die ZAKU mit der Renergia Zentralschweiz AG den erhofften Vertrag für die Schlackelieferung abschliessen. Die bedeutenden künftigen Lieferungen bildeten ihrerseits die Grundlage für grosse Investitionsprojekte der ZAKU. So bewilligte die Generalversammlung am 4. November 2013 einen Rahmenkredit von 4,18 Millionen Franken, um die Kapazitäten von Logistik und Schlackenaufbereitung zu erhöhen. Ein Jahr später stand in der Eielen bei Attinghausen alles bereit, Anfang 2015 entfachte die Renergia das Feuer, am 23. Februar 2015 rollte der Urner Kehricht nach Perlen. Damit wurde ein lange gehegter Traum der Gründerväter

Ein alter Traum wird doch noch wahr

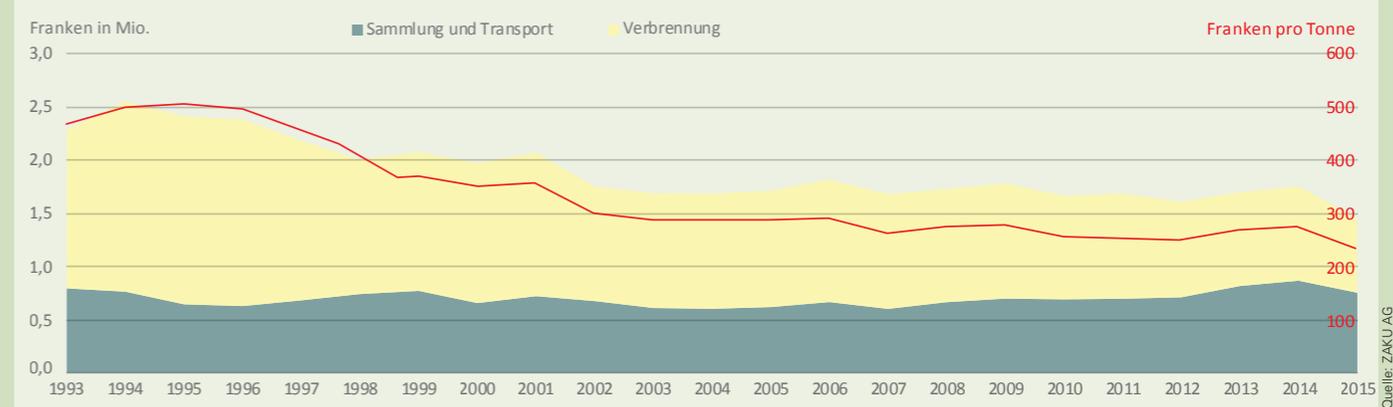
KVA Renergia



Quelle: Renergia Zentralschweiz AG

Kosten für die Entsorgung des Kehrichts, 1993 bis 2015

Jahre 1967 bis 1992 siehe Seite 27



Quelle: ZAKU AG



Blick über die Eielen ins winterlich verschneite Schächental.

des Zweckverbands am Ende doch noch wahr: der Traum von einer eigenen Kehrichtverbrennungsanlage. Zwar stand diese Anlage nicht in Schattdorf, sondern in Perlen. Zwar gehörte sie nicht der ZAKU allein, sondern allen Abfallbewirtschaftern der Zentralschweiz gemeinsam. Zwar liefert sie ihre Wärme nicht an die Urner Industrie, sondern an eine Luzerner Papierfabrik. Doch dafür war die neue Anlage grösser und schöner und sauberer und effizienter, als es sich die Gründerväter des alten Zweckverbands je hätten träumen lassen. Und obendrein war der erste Verwaltungsratspräsident der Renergia Zentralschweiz AG der legitime Erbe der ZAKU-Gründerväter: Franz Xaver Muheim. Seinen Platz an der ZAKU-Spitze hatte er Ende Juni 2012 für Beat Walker geräumt.

Moderner Zweisparten- betrieb

Heute, im Jubiläumsjahr der ZAKU, heisst der Präsident noch immer Beat Walker. Die Führung des operativen Geschäfts liegt bei Edi Schilter. Der diplomierte Kulturingenieur ETH aus Schattdorf trat am 1. November 2014 die Nachfolge von Bernhard Indergand an. Er führt acht Mitarbeitende. Sie alle verstehen sich als kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen, das zwei Sparten nach wirtschaftlichen Grundsätzen betreibt. Die eine Sparte ist die Abfallbewirtschaftung. Die ZAKU sammelt den Kehricht aus Urner Haushalten und Gewerbebetrie-

ben, transportiert ihn zur Verbrennungsanlage und lässt ihn dort gesetzeskonform verwerten. Für Wertstoffe wie Glas, Aluminium, Weissblech und Altöl stellt die ZAKU den Gemeinden Sammelcontainer zur Verfügung. Für den Betrieb der über fünfzig Sammelstellen sind die Gemeinden verantwortlich. Die ZAKU lässt die vollen Container durch beauftragte Unternehmen abholen und verwertet die Wertstoffe. Darüber hinaus betreibt die ZAKU noch immer ihre Direktannahmestelle in der Eielen. Diese ist seit dem 1. Januar 2015 die einzige Sammelstelle für Gifte aus Privathaushalten. Für Papier und Karton führt die ZAKU zusammen mit den Gemeinden jährlich mehrere Strassensammlungen durch. Kompostierbare Abfälle holt die ZAKU weiterhin via Separatsammlung ab. Nachdem das Biomassekraftwerk der Green Power Uri AG infolge eines Brands im Herbst 2012 stillgelegt werden musste, gehen die kompostierbaren Abfälle nach auswärts zur Verwertung. Die zweite Sparte des Unternehmens ist die Deponie: Die ZAKU rekultiviert den Steinbruch Eielen, indem sie dort Schlacke aus Kehrichtverbrennungsanlagen einbaut. Eine Entschrottungsanlage entzieht der Schlacke Metalle, die verkauft werden. Die Kosten für Sammlung, Transport und Verbrennung des Kehrichts deckt die ZAKU mit verursachergerechten Gebühren nach Gewicht oder Gebinde. Die Separatsammlungen und vor allem die Grünabfuhr sind defizitär. Trotzdem verlangt die ZAKU von den beteiligten Gemeinden keine Sockelgebühr pro Einwohner oder Haushalt. Vielmehr deckt sie den Fehlbetrag aus dem Gewinn der Deponie. Dieser Gewinn reicht noch immer aus, um den Aktionären sogar eine Dividende auszuschütten.

Mit Blick aufs Ganze darf man sagen: Die Hoffnungen, die vor fünfzig Jahren in die Gründung des Zweckverbands für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri gesetzt wurden, hat die Zentrale Organisation für Abfallbewirtschaftung

Erfüllte Hoffnungen

im Kanton Uri weitgehend erfüllen können. Die Siedlungsabfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben werden sauber, günstig und – dank der Schlackendeponie Eielen – letzten Endes sogar innerhalb von Uri verwertet. Damit endet unsere Geschichte. Um die absehbaren künftigen Herausforderungen zu meistern, ist die ZAKU heute strukturell und personell beneidenswert gut aufgestellt. Ihre Geschichte lehrt zwar: Es kommt immer ein wenig anders, als man denkt. Doch solche Wendungen machten die ZAKU immer nur eines: besser.

ZAKU

Guten Muts in die Zukunft: Um die künftigen Herausforderungen zu meistern, ist die ZAKU heute beneidenswert gut in Schuss.





Ehemalige und aktuelle Funktionsträger

Betriebskommission

Arnold Franzsepp, Flüelen (1966-1972)
Amherd Marianne, Andermatt (2004-2007)
Arnold Leo, Altdorf (1966-1967)
Bachmann Helen, Altdorf (1992-1997)
Baumann Peter, Altdorf (1976-1979)
Bonetti Hanspeter, Ennetbürgen (1986-2007)
Brücker Walter, Altdorf (1984-1987)
Brügger Rudolf, Erstfeld (1974-1986)
Burri Werner, Altdorf (1994-2003)
Dahinden Hansheiri, Altdorf (1968-1971)
Dubacher Paul, Seedorf (2000-2007)
Furrer Margrit, Schattdorf (2004-2007)
Furrer Paul, Attinghausen (1990-2007)
Gisler Rolf, Schattdorf (1987-1994)
Hartmann Karl, Altdorf (1972-1975)
Huber Hans, Erstfeld (1990-2004)
Huber Josef, Göschenen (1966-1975)
Indergand Anton, Schattdorf (1995-1999)
Inderkum Hansheiri, Altdorf (1980-1981)
Kehrli Hans, Altdorf (1988-1991)
Keusch Donat, Altdorf (1994-2007)
Muheim Franz Xaver, Altdorf (1994-2007)
Naef Ernst, Altdorf (1982-1994)
Näf Josef, Erstfeld (1986-1989)
Schenk Paul, Andermatt (1976-1986)
Schuler Martin, Seedorf (1998-1999)
Süess Hans, Erstfeld (1966-1967)
Trachsel Werner, Bürglen (1978-1987)
Trüb Stefan, Schattdorf (2000-2007)
Zberg Anton, Schattdorf (1966-1977)
Zraggen Ambros, Attinghausen (1968-1983)

Verwaltungsrat

Bonetti Hanspeter, Ennetbürgen (ab 2007)
Dubacher Paul, Seedorf (ab 2007)
Furrer Margrit, Schattdorf (ab 2007)
Gisler Reto, Attinghausen (2007-2011)
Keusch Donat, Altdorf (ab 2007)
Muheim Franz Xaver, Altdorf (2007-2012)
Schmid Karl, Attinghausen (ab 2012)
Trüb Stefan, Schattdorf (2007-2015)
Walker Beat, Flüelen (ab 2012)

Geschäftsführung

Huwylar Beat (1990-2003)
Indergand Bernhard (2003-2014)
Schilter Edi (ab 2014)

50 JAHRE
ZAKU

MEILENSTEINE DER VERBANDSGESCHICHTE



10. Juni 1966

Die Urner Gemeinden – mit Ausnahme von Seelisberg – gründen in Altdorf den Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri.



25. April 1977

Die Kehrichtdeponie Schwändi ist das erste Mal voll. Der Zweckverband muss den Kehricht zur Verbrennung nach Hinwil bringen. Ein Jahr später, am 31. März 1978, schliesst die Deponie Schwändi endgültig.



1. Januar 1985

Der Vertrag mit der Verbrennungsanlage in Hinwil ist ausgelaufen. Der Zweckverband lässt die Urner Siedlungsabfälle neu in Oftringen verbrennen. Beim Altpapier geht der Verband dazu über, die Sammlungen der privaten Organisationen finanziell zu unterstützen.

28. November 1989

Der Zweckverband schafft die Stelle eines Geschäftsführers. Am 1. Oktober 1990 tritt der damals 44-jährige Beat Huwyler die neue Stelle an.



Herbst 1992

In der Eielen startet der Deponiebetrieb – aber nicht für Kehricht, sondern für Schlacke. Die Schlacke stammt aus der Verbrennungsanlage in Horgen, wo der Urner Kehricht ab Herbst 1992 verbrannt wird.



Oktober 1996

In der Eielen eröffnet der ZAKU eine zentrale, bediente Sammelstelle. Dort kann die Bevölkerung fortan Wertstoffe abgeben.



19. November 2007

Der ZAKU geht, die ZAKU kommt. In Altdorf löst sich der Zweckverband für Abfallbewirtschaftung auf. Nachfolgerin ist die Zentrale Organisation für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri. Grund für die Ablösung ist das neue kantonale Umweltschutzgesetz. Bereits im April 2007 startete die Strassensammlung von Gartenabfällen.



7. Januar 2015

Die Renergia entfacht das Feuer. Vom 23. Februar 2015 an rollt der Urner Kehricht zur Verbrennung nach Perlen.

17. Dezember 1963

Die vorbereitende Studienkommission zur Gründung eines Urner Kehrichtzweckverbands konstituiert sich unter der Leitung von Anton Zberg.



1. Juli 1967

Der neue Zweckverband beginnt mit dem Sammeldienst und dem geordneten Deponiebetrieb in der Schwändi bei Attinghausen für die ersten zehn Gemeinden. Die übrigen neun folgen am 1. Januar 1968.



23. Oktober 1982

Im Rahmen einer Statutenrevision schliesst der Zweckverband die Altglasbeseitigung neu in seine Aufgaben ein.

2. Oktober 1986

Die Delegierten genehmigen alle erforderlichen Verträge und Kredite für den Bau einer neuen Kehrichtdeponie in der Eielen bei Attinghausen.



1. März 1992

Mit der Einführung der Sackgebühr startet der Zweckverband ein neues Kehrichtregime in Uri. Die Wirkung ist durchschlagend. Innert Jahresfrist halbiert sich die Kehrichtmenge.

ZAKU

22. Juni 1993

Im Rahmen einer Revision des Organisationsstatuts erhält der Verband einen neuen Namen: Zweckverband für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri – abgekürzt ZVAB. Ab Juli 2005 lautet das Kürzel offiziell ZAKU.

31. Dezember 1999

Die jahrzehntelange Zusammenarbeit des Verbands mit dem Transportunternehmen Bissig endet. Ab dem 1. Januar 2000 besorgt die Mattli AG aus Wassen das Einsammeln des Urner Kehrichts. Für das Jahr 1999 kann der Verband übrigens zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Überschuss an die Gemeinden ausschütten.



28. Februar 2012

Die Zentralschweizer Abfallbewirtschaftler gründen die Renergia Zentralschweiz AG. Die ZAKU beteiligt sich mit 3,8 Prozent. Erster Renergia-Verwaltungsratspräsident ist ZAKU-Präsident Franz Xaver Muheim.

GANZ HERZLICHE GRATULATION!

Die Urner Gemeinden danken ihrer ZAKU für die hervorragende Arbeit in den vergangenen fünf Jahrzehnten.



50 JAHRE ZAKU

Redaktion
Christian Mattli

Design & Satz
Anja Wild

Bilder

Gemeinde Attinghausen (Seite 29) / Josef Bissig (15)
bildfluss/Christof Hirtler, Altdorf (14, 40, 56) / KVA Hinwil (27)
Renergia (31, 57) / Angel Sanchez (2, 6, 12, 20, 30, 38, 46, 52, 61, 62, 67)
Staatsarchiv Uri (8, 13) / ZAKU (9, 11, 19, 22, 25, 34, 35, 36, 39, 41, 44,
45, 48, 50, 51, 53, 54, 55, 58, 60) / Familie Zberg (24)

Bildrecherche
bildfluss/Christof Hirtler, Altdorf

Druck
Gisler Druck, 2016

50 JAHRE

ZAKU

ZAKU AG
Eielen
6468 Attinghausen

Telefon 041 870 88 89
www.zaku.ch
info@zaku.ch